

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 10 (2004), Heft 07/08

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Victoria Liesche (vl), Anna Baranski (ab)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82, Fax -80
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/dr

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und redaktionelle Bearbei-
tung vor. Namentlich gezeichnete Beiträ-
ge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.
Pressemitteilungen und Termine bitte an
info-berlin@dnr.de

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Politik nachhaltig verändern

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Verabschiedung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2002 hat die Bundesregierung sich selbst verpflichtet, alle zwei Jahre einen so genannten Fortschrittsbericht vorzulegen, mit dem die Regierungspolitik auf Nachhaltigkeit hin überprüft werden soll. Ende Mai legte die Bundesregierung nun den ersten Fortschrittsbericht vor - und stellt ihn zur Diskussion. Bis Ende August haben gesellschaftliche Gruppen, aber auch jeder Bürger und jede Bürgerin Gelegenheit den Fortschrittsbericht zu kommentieren. Nach einer Überarbeitung wird der Bericht im Oktober im Kabinett verabschiedet.

Der Deutsche Naturschutzring erwartet von dem Fortschrittsbericht, dass eine ehrliche Bilanz darüber gezogen wird, ob sich die Tagespolitik an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie orientiert und ob wir den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie in den letzten zwei Jahren näher gekommen sind.

Es ist ein Novum in der Politik, dass sich alle Ressorts mit Nachhaltigkeitsaspekten auseinander setzen und ihre politischen Entscheidungen unter dieser Fragestellung bewerten müssen. Unsere Aufgabe als Umweltverbände ist es, mit kritischem Blick zu hinterfragen, ob diese Bilanzen ehrlich ausfallen! Der von der Bundesregierung angebotene Dialog um den Fortschrittsbericht bietet uns die Chance einmal wieder den Finger in die Wunde zu legen! Wie bewertet beispielsweise das Verkehrsministerium unter dem Aspekt der nachhaltigen Mobilität den Bundesverkehrswegeplan? Wie stark verhindert die verzögerte Meldung der FFH-Gebiete den Schutz der Artenvielfalt? Wie bewertet die Bundesregierung die CO₂-Einspareffekte durch den Emissionshandel? Wird mit dem Ausbau der Ganztagschulen und der Förderung der Eliteuniversitäten mehr Gestaltungskompetenz vermittelt? ►

Für die nächsten zwei Jahre hat die Bundesregierung die Handlungsfelder Globale Verantwortung, Agrarwirtschaft, Energie und Mobilität als Schwerpunkte politischen Handelns erklärt. Hier stellt sich die Frage, ob die Zielsetzungen und die geplanten Maßnahmen aus Sicht eines Umweltverbandes ausreichend sind. Die Umweltverbände sollten den Dialogprozess nutzen um konkrete Vorschläge ein zu bringen.

Im Rahmen ihres Projekts "Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation" werden DNR, BUND und NABU Stellungnahmen zum Fortschrittsbericht erarbeiten und auf der Verbände-Internetseite www.nachhaltigkeits-check.de veröffentlichen (Stellungnahmen zu den Umweltrelevanten Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie sind hier bereits abrufbar). Die Mitgliedsverbände des DNR möchten wir ermuntern, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen. Sie können Ihre Anregungen gern an uns weiterleiten oder sich natürlich direkt am Dialog mit der Bundesregierung beteiligen. Informationen finden Sie unter www.dialog-nachhaltigkeit.de im Internet.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieses Deutschland-Rundbriefes und einen schönen Sommer. Die nächste Ausgabe erscheint Anfang September.

Annette Littmeier
DNR Berlin
Projekt Nachhaltigkeitsstrategie

2 Impressum

4 Editorial

- Politik nachhaltig verändern

5 Verbände, Umweltbewegung

- Hugo-Conwentz-Medaille verliehen

6 Abfall, Chemie, Emissionen

- Müllverbrennung statt Deponierung
- Entsorgung von Elektroschrott noch mangelhaft
- Chemikalien: Wirkung auf Nervensystem oft unbekannt
- Fluglärm-Novelle auf dem Weg
- Handysmog schädigt Gene

8 Agrar, Verbraucher

- Neues Lebensmittel- und Futtermittelgesetz vorgelegt
- Pflanzenschutz: Illegale Praktiken
- Neue Verordnung für Nahrungsergänzungsmittel
- Kartellrecht: Mehr Rechte für Verbraucherverbände
- Ökolandbau-Wettbewerb
- Aldi will auf Raubbau-Holz verzichten

10 Energie, Klima

- Renewables 2004: Ruck in Richtung Energiewende
- Einigung über Erneuerbare-Energien-Gesetz
- Nur wenige Urlauber fühlen sich durch Windräder gestört

- Offshore-Windpark: Baugenehmigung
- Öffentlichkeitskampagne Windenergie
- Biomasse soll neue "Nr. 1" werden
- Funktionierender Emissionshandel ab 2005?
- Protest gegen Plutonium-Transport
- Union für Atomenergie-Ausbau
- Klare Startbedingungen für Stadtwerke

15 Gentechnik

- Gentechnikgesetz verabschiedet
- Naturschutztag beschließt Gentechnik-Memorandum
- Kampagne für Milch ohne Gen-Futter
- Katholische Kirche lehnt Genfood nicht mehr ab
- Risiken genmanipulierter Gehölze
- Neu: Informationsdienst Gentechnik

18 Nachhaltigkeit, Umweltkommunikation

- Nachhaltigkeitsstrategie: Umweltziele
- Geschlechtergerechtigkeit in der Nachhaltigkeitsstrategie

22 Naturschutz, Artenschutz

- Natura 2000: Beitrag der Bundesländer mangelhaft
- Meeresschutzgebiete: Natura-2000-Pflicht erfüllt
- Kann die Artenvielfalt der Alpen gesichert werden?
- Reform des Jagdgesetzes gefordert
- Jugendreport Natur alarmierend

- Naturschutz kontra Erneuerbare Energien?
- Naturschutzverbände erhalten mehr Kompetenzen
- Zivildienst im Naturschutz

26 Verkehr, Tourismus

- Stärkung des Nationalen Radverkehrsplans
- "Bahn 21" für mehr Schienenverkehr
- Verkehrspolitik enttäuscht Bahnlobby
- Neue Regeln für den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur
- Strategische Umweltprüfung
- Gibt SPD dem Druck von VW nach?
- Bio-Kraftstoffe kein Klimaschutz
- Geplante Flugbenzin-Steuer begrüßt
- Rot-Grün für nachhaltigen Tourismus
- Mehr Wanderwege in Naturparks

30 Wasser, Meere

- Reformen im Wasserhaushaltsgesetz?
- Wasserqualität an Seen, Flüssen und Küsten
- Sanftes Fischen: WWF-Wettbewerb

32 Service

- Termine, Informationsquellen, Umweltsendungen

Sonderbeilage

- Aktiv.um: Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit (separate Heftung)

Hugo-Conwentz-Medaille verliehen

Naturschutz-Einsatz von Michael Otto und Liesel Hartenstein gewürdigt

Anlässlich des 27. Deutschen Naturschutztages Ende Mai in Potsdam ist die Hugo-Conwentz-Medaille an die ehemalige Bundestags- und Europaabgeordnete Dr. Liesel Hartenstein und den Unternehmer Dr. Michael Otto verliehen worden.

Liesel Hartenstein erhielt die Medaille für ihre Jahrzehnte lange engagierte und herausragende Arbeit im Umwelt- und Naturschutz sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch auf Europäischer Ebene und insbesondere für ihre Pionierleistungen auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Deutschland.

Michael Otto wurde vor allem für die frühzeitige Umsetzung einer Verbindung von Unternehmertum und ökologischer Produktverantwortung und sein persönliches Engagement für Naturschutz ausgezeichnet. Durch die Gründung der Michael-Otto-Stiftung für Umweltschutz 1993 wurden zahlreiche nationale und internationale Initiativen in Zusammenhang mit dem lebenswichtigen Element Wasser gefördert. Neben der Jugenarbeit wurde besonders die Einrichtung von Stiftungsprofessuren für "Umweltethik" und "Sustainability and Global Change" gewürdigt.

Der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) hatte in Anerkennung der Leistungen von Hugo Conwentz als einem der Wegbereiter des Naturschutzes die gleichnamige Medaille gestiftet. Mit ihr werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich im berufsständischen oder fachlichen Einsatz für Naturschutz und Landschaftspflege und in der Weiterentwicklung ihrer Inhalte besonders verdient gemacht haben. Auch die konstruktive Kritik und Auseinandersetzung mit Naturschutzthemen in Deutschland oder auf internationaler Ebene kann gewürdigt werden. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e.V., Angelika Wurzel, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 331097
eMail: mail@bbn-online.de
www.bbn-online.de

Lesenswert

Navigationshilfe für Umweltbewegte: Tipps für erfolgreiches Engagement

Wer in einer Umweltorganisation aktiv ist, hat zahlreiche Herausforderungen zu meistern. Die Leiter/innen des DNR-Weiterbildungsprogramms "Kurs ZukunftsPiloten" haben ein Buch geschrieben, das Engagierte bei ihrer Arbeit unterstützen will. Die "Navigationshilfe für Umweltbewegte" beschreibt, wie Umweltgruppen erfolgreich arbeiten können. Sie liefert hilfreiche Methoden und praktische Anregungen, die im "Kurs ZukunftsPiloten" auf ihre Praxistauglichkeit geprüft wurden. Das Themenspektrum umfasst die Einordnung der Rahmenbedingungen und Strategien umweltpolitischer Arbeit, strategische Projekt- und Kampagnenarbeit sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Erläutert wird auch, wie Finanzquellen erschlossen werden können, wie der Umgang mit Ehrenamtlichen und die Kommunikation in der Gruppe laufen sollte. Weitere Kapitel behandeln die Moderation von Treffen, die Bearbeitung von Konflikten, Organisationsanalyse und -entwicklung und schließlich Tipps für das eigene Zeit- und Selbstmanagement. (mbu) ■

Rasmus Grobe, Imke Kreusel: Navigationshilfe für Umweltbewegte - Methoden für erfolgreiches Engagement, Ökom-Verlag, München 2004, 23,- Euro, ISBN: 393658141X; Bezug: Buchhandel oder eMail: info@zukunftspiloten.de

Die Geschichte der Bio-Bewegung

In Kooperation mit Naturkost.de, dem Internet-Magazin der Naturkostzeitschrift Schrot & Korn, hat die Projektgemeinschaft oekolandbau.de die Geschichte der Bio-Bewegung aufbereitet. In der Verbraucher-Rubrik des Portals gibt es jetzt Informationen über die Anfänge und Entwicklungen in der Bio-Szene bis heute. Vor fast genau 80 Jahren hatten sich die ersten Alternativen im Landbau formiert und den Demeter-Bund mit der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise gegründet. (mbu)

Geschichte der Bio-Bewegung: Epochen in der Bio-Historie, Internet:
<http://verbraucher.oekolandbau.de> ("Special")



Lobbyismus in Deutschland

Lobbying findet vorrangig unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. In dem Buch wird der Lobbyismus aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert und seine Strukturen offen gelegt. Neben politikwissenschaftlichen Abhandlungen finden sich Fallbeispiele zu Großunternehmen wie Bayer und BASF, zum Einfluss der Umwelt- und Agrarlobby. (ab)

Thomas Leif, Rudolf Speth (Hrsg.): Die stille Macht - Lobbyismus in Deutschland Westdeutscher Verlag 2003, 385 Seiten, 32,90 Euro, ISBN 3-531-14132-5

Roman: (Ohn)-Macht einer Bürgerinitiative

Von Erfolgen und Niederlagen einer Bürgerinitiative (BI) gegen ein atomares Zwischenlager handelt der Roman "Aufschrei" von Ingrid Klumpp. Die Autorin war bis kurz vor Erscheinen ihres Buches selbst Vorsitzende einer BI in Philippsburg, in dem ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle entstehen soll. Das Szenario verlegt sie in den fiktiven Ort Philippsberg, wo sich in der Bevölkerung ein breiter Protest gegen das Bauvorhaben entwickelt. Die Ich-Erzählerin beschreibt ihren Widerstand angefangen vom ersten Aufschrei gegen das geplante Zwischenlager, der in Form einer Büttensrede einen Eklat auslöst. Die daraus folgenden Einschüchterungsversuche gegen die Romanfigur werden ebenso spannend geschildert wie die Einflussnahmen von Kommunalpolitikern, Bestechungsversuche und Drohungen. (mbu)

Ingrid Klumpp: Aufschrei - (Ohn)-Macht einer Bürgerinitiative, Philippsburg 2002, 238 S.; 12,50 Euro; ISBN: 3-00-008702-8



Abfalldeponierung rückläufig, mehr Müllverbrennung

Daten des Statistischen Bundesamts

In Deutschland werden immer weniger Abfälle deponiert und mehr Abfälle verbrannt. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2002 rund 60 Mio Tonnen nicht gefährliche Abfälle deponiert, das waren 8 % weniger als 1997 (66 Mio Tonnen). Dabei handelte es sich überwiegend um Bau- und Abbruchabfälle (46 %) sowie Abfälle aus thermischen Prozessen (19 %) und Siedlungsabfälle (18 %).

Im Jahr 2002 wurden rund 20 Mio Tonnen nicht gefährliche Abfälle thermisch behandelt, gut 3 % mehr als im Vorjahr. Gegenüber 1997 nahm die Abfallverbrennung sogar um rund 56 % zu. Mehr als die Hälfte (54 %) der 2002 verbrannten Menge waren Siedlungsabfälle, gefolgt von Abfällen aus der Holzbearbeitung und der Herstellung von Möbeln, Zellstoffen, Papier und Pappe (16 %) sowie Abfällen aus Abfallbehandlungsanlagen (15 %).

Im Jahr 1997 kamen auf jede Tonne verbrannter Abfall 5 Tonnen deponierter Abfall, bis 2002 hat sich das Verhältnis zugunsten der Verbrennung auf 1:3 verändert. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Statistisches Bundesamt, Reinhild Stratmann, Bonn
Tel. 01888 / 6448217
eMail: umwelt@destatis.de

Entsorgung von Elektroschrott noch mangelhaft

Deutschland fehlen notwendige Vorkehrungen

Für die Erfüllung der EU-Richtlinie über die Entsorgung von Elektroschrott, die ab August 2005 in Kraft treten wird, sind in Deutschland bisher kaum Vorkehrungen getroffen worden. Berichten der Verkehrsrundschau zufolge werden derzeit nur 20 Prozent der ausrangierten Elektrogeräte von kommunalen Sammelstellen und Einzelhändlern zurückgenommen. Ab August 2005 müssen die EU-Mitgliedsländer jedoch eine 100-prozentige Entsorgung von Elektroschrott garantieren.

Ein Rücknahmesystem nach dem Vorbild des Grünen Punktes soll es jedoch nicht geben. Die Wahl der Verkehrsträger und der Logistikkonzepte bleibt der Wirtschaft überlassen. Insgesamt müssen in Deutschland pro Jahr über eine Million Tonnen alter Elektrogeräte entsorgt werden, was einem Umsatzvolumen von rund 500 Millionen Euro entspricht. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

NABU, Abfall-Referentin Susanne Hempen, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-165, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Chemikalien: Wirkung auf Nervensystem oft unbekannt

WWF-Studie: Neurologische Störungen bei Kindern nehmen zu

Eine Studie des WWF hat ergeben, dass synthetische chemische Substanzen die Intelligenz von Kindern beeinträchtigen. Bestimmte Chemikalien könnten sich schädigend auf ihre Gehirnentwicklung und Motorik auswirken. Solche Chemikalien fänden sich in Fernsehgeräten, Computern aber auch in Polsterbezügen und Möbeln. Aus der Studie geht ebenfalls hervor, dass 70 Prozent der meistgenutzten Chemikalien bisher nicht oder nur unzureichend auf ihre Effekte auf Gehirn und Nervensystem getestet wurden.

Die steigende Zahl von Störungen wie dem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS) und Autismus lässt Chemikalien laut WWF stärker in den Verdacht geraten, auch hierbei eine Rolle zu spielen. Ein Wissenschaftlergremium aus den USA hat geschätzt, dass 10 Prozent aller neurologischen Verhaltensstörungen vollständig oder teilweise von Chemikalien verursacht sind.

WWF-Chemikalienexpertin Ninja Reineke kritisierte, selbst in Fällen, in denen es Alternativen gebe, versäume es der Gesetzgeber, gefährliche Chemikalien aus dem Verkehr zu ziehen. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

WWF, Dr. Ninja Reineke, Rebstöcker Str. 55, 60326 Frankfurt a.M.
Tel. 069-791440, Fax -617221
eMail: info@wwf.de
www.wwf.de

Fluglärm-Novelle auf dem Weg

Referentenentwurf ging an Länder und Verbände

Das Bundesumweltministerium hat den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Fluglärmsgesetzes an Länder und Verbände versandt.

Mit der Neufassung des Fluglärmsgesetzes will Bundesumweltminister Jürgen Trittin den Anspruch der Flughafenanwohner auf effektiven Lärmschutz stärken. Zudem soll das Gesetz für eine vorausschauende Siedlungsplanung in lärmbelasteten Bereichen um die Flughäfen sorgen, um künftigen Lärmkonflikten besser vorzubeugen. Der Entwurf wird zunächst Gegenstand einer mündlichen Anhörung der Länder und Verbände am 13. und 14. September 2004 in Bonn sein, bevor er in die Ressortabstimmung geht.

Der jetzt vom Bundesumweltministerium vorgelegte Referentenentwurf sieht eine grundlegende Modernisierung des Fluglärmsgesetzes vor. Der Entwurf legt im Kern fest, dass die Betreiber der größten zivilen und militärischen Flugplätze lärmbelasteten Anwohnern die erforderlichen baulichen Schallschutzmaßnahmen, vor allem den Einbau von Schallschutzfenstern, finanzieren müssen. Diese Pflichten sollen künftig für alle Verkehrsflughäfen gelten, aber auch für die großen Verkehrslandeplätze mit mehr als 25.000 Starts und Landungen im Jahr. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 30520-10, Fax -16
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Handysmog schädigt menschliche Gene

Studie über Mobilfunkfelder und ihre Auswirkungen auf Mensch und Tier

Die internationale Forschergruppe Reflex hat nach dreijähriger Grundlagenforschung an menschlichen Zellen genschädigende Wirkungen durch elektromagnetische Felder (EMF), wozu auch Mobilfunkfelder zählen, nachgewiesen.

In den Versuchsreihen wurden verschiedene Zelltypen Mobilfunkfeldern ausgesetzt. Bei bestimmten Expositionsintervallen zeigten sich Brüche in den Chromosomen, so genannte DNA-Doppelstrangbrüche. Der Koordinator des Reflex-Projekts, Prof. Dr. Franz Adlkofer, hält diese Ergebnisse für einen wichtigen Schritt in der Grundlagenforschung zu den möglichen biologischen Wirkungen von Mobilfunk.

Trotzdem seien, so betonen die Forscher, von den Ergebnissen noch keine direkten Aussagen bezüglich des Zusammenhangs zwischen Mobilfunk und der Entstehung von chronischen Krankheiten, wie Krebs, zu treffen. Dennoch müsse nach Ansicht des Projektleiters Prof. Franz Adlkofer die Diskussion um mögliche Risiken des Mobilfunks neu geführt werden. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Prof. Dr. Franz Adlkofer, VerUm Stiftung für Verhalten und Umwelt, Pettenkoferstr. 33, 80336 München
Tel. 089 / 530988-0, Fax -29
eMail: prof.adlkofer@verum-foundation.de
www.verum-foundation.de

www.swr.de/ratgeber/multimedia/elektrosmog/index1.html

Lesenswert

Mobilfunk und Gesundheit - Informationen für Ärzte und Eltern

Das Heft "Mobilfunk und Gesundheit - Eine Information für Ärzte" behandelt auf knapp 50 Seiten neben den Grundlagen des Mobilfunks fachspezifische Themen wie die Einwirkung von Mobilfunkfeldern auf Lebewesen, athermische Effekte, Übersichtsarbeiten zum Thema, den Schutz empfindlicher Personen sowie Risikowahrnehmung und -kommunikation.

Das Heft "Mobilfunk und Gesundheit - Eine Information für Eltern" geht auf die wichtigsten Fragen von Eltern ein und informiert aus der Sicht des Arztes. Hinzu kommen Informationen über Grundlagen des Mobilfunks sowie Empfehlungen zum Telefonieren mit Handys. (ab)

"Mobilfunk und Gesundheit - Eine Information für Ärzte", "Mobilfunk und Gesundheit - Eine Information für Eltern"; Bezug: Kinderumwelt gGmbH, Westerbreite 7, 49084 Osnabrück, Tel. 0541 / 97789-00, Fax -05, eMail: info@uminfo.de, www.uminfo.de

■

Neues Lebensmittel- und Futtermittelgesetz vorgelegt

Foodwatch fürchtet um Verbraucherschutz beim Essen

Das Bundeskabinett hat im Mai die Neuordnung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts (LFBG) beschlossen. Bisher 11 Gesetze wurden zu einem einzigen zusammengefasst. Dabei wurden Futtermittel erstmals als erstes Glied der Lebensmittelherstellungskette angesehen und in diese einbezogen. Der Gesetzentwurf berücksichtigt verschiedene europäische Vorgaben, die nach der BSE-Krise geschaffen wurden.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch hält die Grundsätze des Gesetzentwurfs für sinnvoll. Bei der Konstruktion des Gesetzes sieht die Organisation jedoch Gefahren für den Verbraucherschutz. Sie fürchtet, dass die Wirtschaftslobby den Verbraucherschutz aushebeln werde. Als Beispiel nannte Foodwatch die Zulassung und Festsetzung der Höchstmengen von Zusatzstoffen nach § 7 LFBG, die faktisch in den Händen des Wirtschaftsministeriums liege. Dort wird nach Auffassung der Verbraucherorganisation vorsorgender Gesundheitsschutz meist den Interessen der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft untergeordnet. Außerdem fehle ein zeitgemäßes Überwachungskonzept.

Verbraucherschutz soll künftig vor Wirtschaftlichkeit gehen

Der Gesetzentwurf sieht das Vorsorgeprinzip als Richtschnur vor. Künftig steht der gesundheitliche Verbraucherschutz im Futtermittelrecht über anderen Zwecken wie z.B. der Leistungsförderung bei Nutztieren. Außerdem soll nicht nur das Inverkehrbringen gesundheitsschädlicher Lebensmittel geahndet werden können, sondern auch das Herstellen und Behandeln. Zur effektiven Umsetzung dieses Grundsatzes fordert Foodwatch strenge Haftungsregelungen für Hersteller und Händler. Erst dann hätten Unternehmen den Anreiz, den Verbraucherschutz aus wirtschaftlichem Eigeninteresse zu unterstützen. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030 / 28093995, Fax /24047626
eMail: info@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Streit um illegale Praktiken beim Pflanzenschutz

BMU: Illegaler Einsatz von Pflanzengift ist vorsätzliches Umweltvergehen

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat auf Meldungen über einen angeblich geplanten Einsatz von "Spionen bei deutschen Bauern" ("Bild am Sonntag") reagiert. Seit Jahren würden gravierende Verstöße beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln festgestellt, sagte eine Sprecherin. Dadurch kämen, wie etwa Untersuchungen im Alten Land gezeigt hätten, immer noch hochgiftige Stoffe zum Einsatz, die seit Jahren in Deutschland und Europa verboten sind. "Die Praktiken Einzelner belasten die Gewässer und die Gesundheit", so das BMU. Offenbar versagten bei der Kontrolle die zuständigen Aufsichtsbehörden der Länder.

Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt (UBA) planen ein Forschungsprojekt, um die Praktiken beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu überprüfen. Ziel sei es, Anwendungsvorschriften praxisgerecht zu entwickeln, nicht einzelne Landwirte zu verfolgen. Das ist nach Auffassung der Umweltbehörden sinnvoll - "gerade im Interesse der Landwirte und eines umweltgerechten Umgangs mit diesen Mitteln". Unabhängige Experten würden im Auftrag des Bundes unangekündigt vor Ort den Umgang mit Pflanzenschutzmitteln beobachten, teilte das BMU mit.

Bauernverband beendet Begleitung des Forschungsprojekts

Der Deutsche Bauernverband (DBV) wurde vom BMU aufgefordert, das Projekt weiter zu begleiten. DBV-Chef Gerd Sonnleitner habe seine gegebene Zusage mit einer nicht nachvollziehbaren Begründung wieder zurückgezogen. Statt sich zum "Sprachrohr der kriminellen Praktiken Einzelner" zu machen, solle Sonnleitner "im Interesse von Zehntausenden ordentlich wirtschaftender Bauern" zu seiner konstruktiven Haltung zurückfinden, sagte Bundesumweltminister Trittin. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

Bundesumweltministerium (BMU),
Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Neue Verordnung für Nahrungsergänzungsmittel

Inhalt und Kennzeichnung der Präparate festgelegt

Das Bundesverbraucherministerium hat Ende Mai eine neue Verordnung für Nahrungsergänzungsmittel erlassen. Darin werden Zusammensetzung und Aufmachung von Nahrungsergänzungsmitteln geregelt. Die Verordnung legt fest, welche Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln verwendet werden dürfen. Bundesverbraucherministerin Künast wies aber gleichzeitig darauf hin, dass diese Präparate kein Ersatz für eine ausgewogene Ernährung seien.

Werbung, die Gesundheit verspricht, ist verboten

In der Verordnung wird auch eine umfassende Kennzeichnung vorgeschrieben. Anzugeben sind unter anderem die empfohlene tägliche Verzehrmenge und ein Warnhinweis, dass diese Menge nicht überschritten werden darf. Außerdem muss es einen Hinweis darauf geben, dass Nahrungsergänzungsmittel kein Ersatz für eine ausgewogene Ernährung sind. Wie für andere Lebensmittel gilt auch für Nahrungsergänzungsmittel: Gesundheitsbezogene Werbung ist verboten. Auf der Verpackung oder in der Werbung sind Aussagen untersagt, die sich auf Beseitigung, Linderung oder Verhütung von Krankheiten beziehen. Derartige Aussagen sind Arzneimitteln vorbehalten.

Nahrungsergänzungsmittel sind Nährstoffe, wie Vitamine, Mineralstoffe oder Spurenelemente in konzentrierter Form. Sie werden zum Beispiel in Tabletten- oder Kapselform angeboten. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

Bundesverbraucherministerium (BMVEL),
PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Kartellrecht: Mehr Rechte für Verbraucherverbände

Neues Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Das Bundeskabinett hat im Mai die Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beschlossen. Das Gesetz dient im Wesentlichen der Anpassung des deutschen Rechts an das kürzlich geänderte EU-Kartellrecht. Das Gesetz berührt auch Verbraucherinteressen. Laut Verbraucherministerium trägt es der Rolle der Verbraucher als aktive Teilnehmer am Marktgeschehen Rechnung.

Verbandsbeteiligung und Klagemöglichkeit

So können in Kartellverfahren künftig Verbraucherverbände beteiligt werden, wenn Interessen von Verbrauchern erheblich berührt sind. Das ist dann der Fall, wenn sich die Entscheidung über eine Firmenfusion auf eine Vielzahl von Verbraucher/innen auswirkt. Darüber hinaus haben Verbraucherverbände nun die Möglichkeit auf Unterlassung einer kartellrechtswidrigen Handlung zu klagen.

Ansprüche auf Schadenersatz und Vorteilsabschöpfung geregelt

Schadenersatzansprüche haben Verbraucher/innen jetzt auch dann, wenn sie über einen weiteren Händler ein in Folge des Kartells überteuertes Produkt kaufen ("Folgevertragspartner"). Bisher galt dies nur, wenn unmittelbar mit einem Mitglied des Kartells ein Vertrag abgeschlossen wurde. Außerdem haben Verbände und Einrichtungen nach dem neuen Gesetz einen so genannten Vorteilsabschöpfungsanspruch. Sie können den aus einer absichtlichen Kartellrechtsverletzung erlangten Vorteil beim Unternehmen abschöpfen, sofern die Kartellbehörde nicht tätig geworden ist. Über die Wirkung dieses Mittels muss die Regierung bis 2008 einen Erfahrungsbericht vorlegen. (mbu) ■

● **Kontakt/Informationen**

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Ökolandbau-Wettbewerb: Schüler/innen ausgezeichnet

3500 beteiligten sich am Wettbewerb "Bio find ich Kuh-l"

Die Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs zum Öko-Landbau haben eine zweitägige Berlin-Reise gewonnen. Die Schüler/innen der Klassen fünf bis zehn kommen aus Berg am Starnberger See (Bayern), Görwihl (Baden-Württemberg) und Lippstadt (Nordrhein-Westfalen). Mit einem professionellen und originellen Video, in dem sich die Schüler ausmalen, wie ihre eigene Lebenssituation aussehen könnte, wenn sie bestimmte Verhältnisse oder Praktiken der Landwirtschaft darauf übertragen würden, einem dokumentierten Eier-Aktionstag in der Innenstadt sowie einem selbst konzipierten und gebastelten Bio-Brettspiel überzeugten die "kuh-len" Sieger die Jury.

Anlässlich der "Öko-Oskar"-Preisverleihung Anfang Juni in Berlin erhielten die Teilnehmer/innen viel Lob. Die kreativen Arbeiten zeigten, dass Umwelt- und Ernährungsfragen, die Entstehung und Verarbeitung unserer Lebensmittel viele Kinder und Jugendliche sehr interessierten, hieß es vom Bundesverbraucherministerium. Das Ministerium veranstaltete den Schülerwettbewerb zum zweiten Mal. Das Ergebnis waren rund 700 Wettbewerbsbeiträge, darunter Plakate, Videos, Hörspiele und Songs, Spiele, Modelle und Webseiten. (mbu) ■

● **Kontakt/Informationen**

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.bio-find-ich-kuhl.de

Aldi will auf Tropenholz aus Raubbau verzichten

Protestaktionen bringen Discounter zum Umdenken

Der Einzelhandels-Discounter Aldi hat erklärt, sich künftig beim Einkauf von Produkten aus Tropenholz um das FSC-Siegel zu bemühen. Zuvor hatten Aktivisten des Umweltverbandes Robin Wood vor Aldi-Filialen gegen das Angebot von Gartenmöbeln aus indonesischem Merantiholz protestiert. Die Möbel wurden mit dem Werbeversprechen "aus staatlich kontrollierter Forstwirtschaft" angepriesen.

Diese Aussage zweifelt Robin Wood an, denn in Indonesien werden nach Angaben der Umweltschutzorganisation jährlich 3,8 Millionen Hektar Tropenwald vernichtet, so viel wie die Fläche Nordrhein-Westfalens. Im Holzhandel sei es ein offenes Geheimnis, dass in Indonesien staatliche Zertifikate gefälscht und auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden, sagte eine Robin Wood-Expertin.

Widersprüchliches Verhalten des Einzelhandelsgiganten

Trotz des Einlenkens versuchte Aldi das laufende Geschäft mit den Meranti-Möbeln zu rechtfertigen. Für die Möbel des Lieferanten Warbeg aus Essen lägen so genannte SKSHH-Zertifikate der indonesischen Regierung vor. Man habe keinen Anlass, die Korrektheit staatlicher Zertifikate anzuzweifeln, hieß es in der Stellungnahme des Konzerns. Gleichzeitig weigert sich das Unternehmen, das Zertifikat für Kunden öffentlich auszuhängen. (mbu) ■

● **Kontakt/Informationen**

Robin Wood, Langemarkstr. 210, 28199 Bremen
Tel. 0421 / 5982-88, Fax -872
eMail: info@robinwood.de
www.robinwood.de

Renewables 2004: Ruck in Richtung Energiewende

Positive Bilanz der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien

Vom 1. bis zum 4. Juni hat in Bonn die "renewables 2004", die internationale Konferenz für Erneuerbare Energien stattgefunden. Am 4. Juni haben Regierungsvertreter aus 154 Ländern die Politische Deklaration der "renewables 2004" angenommen, in der die gemeinsamen politischen Ziele zur Stärkung der Rolle erneuerbarer Energien definiert werden. Im Internationalen Aktionsprogramm haben sich Regierungen, internationale Organisationen und Stakeholder zu einer Fülle von Aktivitäten verpflichtet, die den Ausbau erneuerbarer Energien zum Ziel haben.

Bundespolitiker: Zeichen für Energiewende und gegen Armut

Bundesumweltminister Jürgen Trittin und Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul nannten die Konferenz einen vollen Erfolg. Die Delegierten hätten gemeinsam ein Zeichen gesetzt für eine globale Energiewende und für einen immensen Ausbau der Erneuerbaren Energien, um so die weltweite Armut zu bekämpfen und das Klima zu schützen. Trittin sagte, dass der Aktionsplan Investitionen in Milliardenhöhe mobilisiere, die in die Energiegewinnung aus Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme gehen. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen werde der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid in steigendem Maße sinken: Im Jahre 2015 werde sich die zu erwartende CO₂-Einsparung auf schätzungsweise 1,2 Milliarden Tonnen pro Jahr belaufen.

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul sagte, dass eine gemeinsame Vision erreicht worden sei, bis zum Jahr 2015 eine Milliarde Menschen mit Energie aus erneuerbaren Quellen zu versorgen. Damit werde die Armutsbekämpfung entscheidend vorankommen. ▶

Deutschland habe zum Internationalen Aktionsprogramm einen besonderen Beitrag geleistet, so die Minister. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte vor den Delegierten der Konferenz angekündigt, dass die Bundesregierung von 2005 an für fünf Jahre 500 Millionen Euro bereitstellen werde. Damit erhöht Deutschland seine schon 2002 in Johannesburg gegebene Zusage, 1 Milliarde Euro für Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien bereit zu stellen.

DNR: Aufbruchstimmung nutzen

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) zeigte sich zufrieden mit den Gesamtergebnissen und vor allem der durch die Bonner Konferenz bewirkten Aufbruchstimmung. Vor allem sei der weitere institutionalisierte Prozess für den weltweiten Ausbau der erneuerbaren Energien konkretisiert worden. Der vom Bundeskanzler angekündigte Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2010 auf 20 Prozent, nicht nur in Deutschland, sondern in der Europäischen Union, werde vom DNR nachdrücklich unterstützt. Allerdings sollte sich die EU nach Auffassung des DNR ehrgeizigere Ziele für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2050 setzen.

BUND: Alle Staaten in globale Allianz des Klimaschutzes aufnehmen

Mit dem Weltenergiegipfel sei ein Ruck in Richtung globale Energiewende ausgelöst worden, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. Die Regierungen müssten jetzt die vereinbarten Ziele und die Schritte beim Ausbau erneuerbarer Energien möglichst schnell umsetzen, damit die Klimaerwärmung gestoppt werde. Und noch abseits stehende Staaten wie die USA oder Russland müssten dringend in die globale Allianz des Klimaschutzes aufgenommen werden. Eines der zentralen Ergebnisse der Konferenz, die politische Deklaration, sei leider sehr schwach geblieben, so der BUND. So sei etwa die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung für erneuerbare Energien durch Regierungen und internationale Kreditinstitute nicht ausreichend thematisiert worden. ▶

WWF hoffte auf konkretere Zusagen

Nach Einschätzung des WWF war die Konferenz ein energiepolitischer Lichtblick. Die verabschiedete politische Deklaration mache deutlich, dass das Umschalten von fossilen auf erneuerbare Energien machbar und von der internationalen Staatengemeinschaft erwünscht sei. Der WWF hätte sich zwar konkretere Zusagen erhofft, aber die politische Vision sei deutlich. Deshalb werte der WWF die Konferenz trotz einiger Schönheitsfehler als Erfolg.

Faire Wettbewerbschancen noch nicht in Sicht

Der Bund der Energieverbraucher warnte vor einer Konferenz-Euphorie. Die Wende zu erneuerbaren Energien sei noch nicht geschafft. Die Forderung fast aller Konferenzteilnehmer nach fairen Wettbewerbschancen für erneuerbare Energien sei noch sehr weit von der Wirklichkeit entfernt. Verbesserungsvorschläge würden laut Energieverbraucherbund massiv behindert durch die Interessen der etablierten Energiewirtschaft. Auf der Tagung sei dieser Konflikt nicht thematisiert oder bearbeitet worden. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Konferenzergebnisse:
www.renewables2004.de/de/2004/outcome.asp

Forum Umwelt & Entwicklung, Jürgen Maier, Gerald Knauf, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228-359704, Fax -92399356
eMail: gerald@forumue.de
www.forumue.de
www.ee-netz.de
www.cures-network.org

DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de

BUND, Energierreferent Walter Jungbauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: walter.jungbauer@bund.net
www.bund.net

Bund der Energieverbraucher e.V., Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224 / 92270, Fax 10321
eMail: info@energieverbraucher.de
www.energieverbraucher.de

Einigung über Erneuerbare-Energien-Gesetz

In-Kraft-Treten am 1. August wahrscheinlich

Bund und Länder haben sich nach monatelangem Streit Ende Juni im Vermittlungsausschuss auf eine Novelle des Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG) geeinigt. Damit könnte das Gesetz, das die Stromgewinnung aus Wind und Wasser, Sonne, Erdwärme und Biomasse regelt, zum 1. August in Kraft treten. Der Bundesverband WindEnergie (BWE) kritisierte das ausgehandelte Ergebnis. Mehr Bürokratie und weniger sauberer Strom: das sei das traurige Vermittlungsergebnis.

Union verhindert Windkraft-Ausbau in Süddeutschland

CDU und CSU haben jedoch im Vermittlungsausschuss gegenüber der vom Bundestag verabschiedeten Fassung eine Änderung durchgesetzt: Neue Windenergieanlagen, die am vorgesehenen Standort weniger als 60 Prozent des Ertrages an einem Referenzstandort erreichen, erhalten in Zukunft keine Vergütung nach dem EEG. Der Betreiber muss seinen Vergütungsanspruch durch ein Ertragsgutachten im Vorhinein nachweisen. Viele Projekte, gerade in Süddeutschland, seien mit dieser Regelung nicht mehr realisierbar, kritisierte der BWE.

Als positiv bewertet der Verband, dass ein zügiges In-Kraft-Treten der EEG-Novelle nun offenbar auch von den unionsgeführten unterstützt werde. Damit werde endlich wieder Investitionssicherheit für die Windbranche gegeben. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesverband WindEnergie (BWE),
Herrenteichsstr. 1, 49074 Osnabrück
Tel. 0541 / 35060-0, Fax -30
eMail: info@wind-energie.de
www.wind-energie.de

Nur wenige Urlauber fühlen sich durch Windräder gestört

Studie zu Windkraftanlagen und Tourismus

Das Soko-Institut für Sozialforschung und Kommunikation hat Anfang Juni die Ergebnisse einer im vergangenen Sommer durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung vorgestellt. Die Studie sollte ermitteln, inwieweit sich Urlauber durch Windkraftanlagen und vergleichbare Einrichtungen in der Landschaft gestört fühlen.

Kohle- und Atomkraftwerke stören mehr

Etwa ein Viertel der Befragten fühlte sich in seinem letzten Urlaub durch Windkraftanlagen gestört, während rund drei Viertel sich durch Kohle- oder Atomkraftwerke gestört fühlte. Möglicherweise hänge dies damit zusammen, dass Windkraftanlagen im Vergleich zu Atomkraftwerken als weniger bedrohlich empfunden werden, vermutet das Soko-Institut. Erwartungsgemäß stößt die Windenergie bei den Anhängern von FDP und CDU/CSU auf weniger Akzeptanz als bei den Anhängern von Grünen und SPD. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich selbst bei den Anhängern von CDU/CSU mehr als zwei Drittel nicht durch Windkraftanlagen gestört fühlen.

Die Windkraftanlagen-Dichte am Urlaubsort hat keinen nennenswerten Einfluss darauf, ob sich die Person gestört fühlt oder nicht. Erwartungsgemäß hatte die Grundeinstellung gegenüber den beiden Energieformen Atomkraft und Windenergie einen entsprechenden Einfluss auf das Störgefühl. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

SOKO-Institut, Am Bahnhof 6, 33602
Bielefeld
Tel. 0521 / 5242-0, Fax -199
eMail: info@soko-institut.de
www.soko-institut.de
Studien-Ergebnisse (PDF-Download):
www.soko-institut.de/docs/Windkraft-Folien.pdf

Baugenehmigung für Offshore-Windpark in der Nordsee

80 Windkraftanlagen vor Helgoland ab 2007

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie hat Mitte Juni der Firma Winkra-Energie aus Hannover die Genehmigung zum Bau eines Windparks in der Nordsee 30 Kilometer nördlich von Helgoland erteilt. Dort sind 80 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 400 Megawatt geplant, die voraussichtlich ab 2007 jährlich 1,6 Milliarden Kilowattstunden Strom produzieren werden. Das Auftragsvolumen des Kraftwerks wird auf etwa 750 Millionen Euro geschätzt.

Positiver Einfluss auf Meeresflora

Achim Ernst, Leiter der Offshore-Abteilung bei Winkra-Energie, sagte, der Standort für den Windpark in der Nordsee sei sehr sorgfältig ausgewählt worden. Er befinde sich innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) und werde voraussichtlich sogar die Meeresflora und -fauna positiv beeinflussen. Bei ähnlichen Vorhaben in Schweden konnte eine Zunahme der Artenvielfalt nachgewiesen werden. Bis zum Baubeginn in 2006 sei noch viel Detailarbeit nötig. Die Firma profitiere in dieser Zeit aber von den Erfahrungen dänischer Firmen. Winkra-Energie gehört über ihre Muttergesellschaft Deutsche Essent GmbH Düsseldorf zum größten niederländischen Energieversorger Essent N.V. Dieser verfolgt das Ziel, in Deutschland eine substantielle Position unter anderem im Bereich der Erneuerbaren Energien aufzubauen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Winkra-Energie, Postfach 65 29,
30065 Hannover
Tel. 0511 / 28832-0, Fax -90
eMail: info@winkra.de
www.winkra.de

Öffentlichkeitskampagne zur Windenergie

DNR und Bundesverband WindEnergie wollen Windkraft-Akzeptanz steigern

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der Bundesverband WindEnergie (BWE) haben auf der Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn Anfang Juni (siehe S. 10) eine Öffentlichkeitskampagne für den weiteren natur- und sozialverträglichen Ausbau der Windenergie in Deutschland vorgestellt.

Es gelte, das bisherige hohe Maß an Zustimmung noch weiter zu steigern, so die Verbände. Mit Hilfe einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne will der DNR mit Unterstützung des BWE die Kreis- und Ortsgruppen seiner Mitgliedsverbände und andere Gruppen vor allem in den windträchtigen Gebieten durch Aufklärungsveranstaltungen für die Windenergie gewinnen. Häufig seien in der Bevölkerung verbreitete Ängste die Folge falscher, einseitiger oder fehlender Kenntnisse über die Windenergie.

Außerdem forderten die beiden Verbände, dass angesichts des großen Energiebedarfs in den Schwellenländern wie China und Indien die Windkraft bei der Entwicklungszusammenarbeit künftig eine größere Rolle spielen müsse. Um das frühzeitige Erkennen der Konfliktpotentiale zu ermöglichen, haben DNR und BWE Mindeststandards für die Planung und Errichtung von Windenergieanlagen auf der Basis geltender Umweltvorschriften der EU, der Konvention über den Schutz der biologischen Vielfalt und der Welterbe-Konvention entwickelt (DRB 06.04, S. 14). (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0160 / 97209108
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Bundesverband WindEnergie (BWE), Herrenteichsstr. 1, 49074 Osnabrück
Tel. 0541 / 35060-0, Fax -30
eMail: info@wind-energie.de
www.wind-energie.de

Biomasse soll neue Nummer eins werden

Studie des Öko-Instituts

Biomasse kann und sollte die neue "Nummer eins" der Regenerativen Energien werden. Das ist das Ergebnis einer Ende Mai vom Öko-Institut veröffentlichten Studie. Bis 2030 könnte die Bioenergie 14 % des deutschen Energiebedarfs liefern, so viel wie Braun- und Steinkohle zusammen. Klima- und Naturschutz seien dabei keine unvereinbaren Ziele.

Zudem habe die Förderung der erneuerbarer Energien sehr positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Es könnten bis 2030 netto über 200.000 Jobs geschaffen werden, so die Studie. Vor allem für den strukturschwachen ländlichen Raum bestünden hier große Chancen, mit der Bereitstellung von Bioenergie neue Beschäftigungsfelder zu erschließen.

Die Studie ist das Ergebnis eines vom Bundesumweltministerium geförderten und vom Öko-Institut e.V. geleiteten Projektes. Das Forschungsteam hat Stoffstromanalysen vorgenommen, eine öffentlich zugängliche Technologie-Datenbank erstellt, Zukunftsszenarien entwickelt und politische Empfehlungen formuliert. Außer den jetzt vorliegenden Ergebnissen steht für Politik, Forschung und andere Akteure ein EDV-Werkzeug zur Verfügung, das die Entwicklung von Strategien unterstützt. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Öko-Institut e.V., Koordinator Energie und Klimaschutz Uwe R. Fritsche, Elisabethenstr. 55-57, 64283 Darmstadt
Tel. 06151 / 8191-24, Fax -33
eMail: u.fritsche@oeko.de
www.oeko.de/service/bio

Broschüre "Bioenergie - Nachwuchs für Deutschland" und Endbericht (PDF-Download):
www.oeko.de/service/bio/dateien/de/bioenergie_broschuere5_2004.pdf

Funktionierender Emissionshandel ab 2005?

Bundesregierung: Erfolg hängt von der nationalen Umsetzung ab

Die Bundesregierung geht davon aus, dass es bereits in der ersten Emissionshandelsperiode von 2005 bis 2007 einen funktionierenden Markt für Treibhausgas-Emissionslizenzen geben wird. Das teilte sie Mitte Mai in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion mit, die sich nach den Auswirkungen des Anfang 2005 EU-weit beginnenden Emissionshandels auf die Förderung der erneuerbaren Energien erkundigte.

Wie gut der Handel in dieser ersten Phase funktioniere, hänge jedoch von der weiteren nationalen Umsetzung in den einzelnen Mitgliedstaaten und dem Ergebnis der Notifizierung der Allokationspläne bei der EU-Kommission sowie von der Herausbildung einer effizienten institutionellen Handelsstruktur ab, so die Regierung.

Kritik an Wirtschafts-Beirat: "EEG kein nutzloses, teures Instrument"

Gleichzeitig wies sie die Kritik des Wissenschaftlichen Beirats an der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zurück. In einem Gutachten hatte dieser festgestellt, das EEG werde sich mit dem Beginn eines funktionierenden Emissionsmarktes als ein "ökologisch nutzloses, aber volkswirtschaftlich teures Instrument" erübrigen. Die Bundesregierung stimmte in ihrer Erwiderung mit dem Beirat aber darin überein, dass es notwendig sei, die Auswirkungen der klimapolitischen Instrumente auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. Trotzdem sei es erforderlich, die Ressourcen zu schonen und die Energieversorgung der Zukunft zu sichern. Hierzu müssten die erneuerbaren Energien einen zunehmenden Beitrag leisten. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de

Protest gegen Plutonium-Transport aus Hanau

BUND erinnert an Zusage zum Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung bis 2005

Der BUND hat sich Mitte Juni gegen den Export des in Hanau lagernden Plutoniums aus den Schnellen Brütern Kalkar und Karlsruhe zur Wiederaufarbeitung nach Frankreich ausgesprochen. Die rot-grüne Regierung verstoße damit gegen ihre Zusage, aus der umweltgefährdenden Wiederaufarbeitung bis Ende 2005 auszustiegen.

Renate Backhaus, Atomexpertin des BUND sagte, es erscheine auf den ersten Blick vielleicht billiger, das Plutonium nach La Hague zu bringen und dort in Kernbrennstäbe für Atomkraftwerke einzuarbeiten. Sicherer sei es jedoch, es in Hanau zu lassen und dort für die langfristige Lagerung zu verglasen. Nach einer Abklingphase würde dann die Endlagerung folgen. Der BUND hält diese Variante für sicherer und ökologisch weniger bedenklich. Ein Transport des deutschen Atom Mülls nach Frankreich und die Wiedereinschleusung des Plutoniums in den Brennstoffkreislauf von Atomkraftwerken sei der falsche Weg.

Hanau-Plutonium "Erbe der verfehlten CDU-Atompolitik"

Der BUND verwies darauf, dass es sich beim Hanau-Plutonium um "die Hinterlassenschaften einer verfehlten Atompolitik aus der Kohl-Ära" handele. Wenn die CDU nun glaube, die Atomenergie sei bald wieder eine Option und Atomkraftwerke könnten langfristig weiterlaufen, müssten sie konsequenterweise die Kosten für die Plutoniumsorgung von mehreren hundert Millionen Euro aus der eigenen Tasche bezahlen, sagte Backhaus. (vl) ■

● Kontakt/Informationen

BUND, Atomexpertin Renate Backhaus, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Unionsparteien für Atomenergie-Ausbau

Merkel: AKWs so lange laufen lassen, wie die Betreiber wollen

CSU-Chef Edmund Stoiber und CDU-Vorsitzende Angela Merkel haben sich Anfang Juni in den Medien für eine fortgesetzte Nutzung der Atomenergie ausgesprochen. Eine von der Union geführte Bundesregierung werde es den Betreibern ermöglichen, Kernkraftwerke so lange laufen zu lassen, wie sie es wollten, sagte Merkel der Zeitung "Bild am Sonntag". Die bayerische Staatsregierung hat in ihrem Energiekonzept für eine stärkere Nutzung der Kernenergie plädiert.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) verwies darauf, dass in seinem Bundesland fast 60 Prozent der Energieversorgung aus der Kernenergie kommen. Daher sei der Ausstiegsbeschluss "in hohem Maße ökonomisch wie ökologisch riskant". Das Ziel der CDU bleibe, eine Laufzeitverlängerung bei bestehenden Kraftwerken zu erreichen. Diese Lösung, so Teufel, sei "kostengünstig und klimaneutral".

Umfrage: Mehrheit lehnt neue Atomkraftwerke ab

Eine weitere Nutzung der Atomenergie, wie sie die CDU und CSU befürworteten, wird allerdings von der Mehrheit der Bundesbürger abgelehnt. Das hat Anfang Juni eine Forsa-Umfrage im Auftrag des Magazins "Stern" ergeben. 47 Prozent der Befragten sprachen sich für einen allmählichen Verzicht auf die Kernenergie aus, 18 Prozent plädierten dafür, so schnell wie möglich auszusteigen. Dafür, dass die Kernenergie weiter wie bisher genutzt werden soll, stimmten nur 30 Prozent.

Obwohl 53 Prozent befürchten, es könnte in der Energieversorgung Deutschlands langfristig zu größeren Engpässen kommen, sind die Bürger strikt gegen den Bau neuer Atomkraftwerke. 79 Prozent sprachen sich in der Umfrage dagegen aus, dafür sind nur 18 Prozent. Eine Mehrheit von 51 Prozent ist auch dagegen, die bestehende Atomkraftwerke länger als vereinbart zu nutzen, dafür sind 42 Prozent der Bundesbürger. ▶

NABU kritisiert Bayerns Pläne zum Ausbau der Atomenergie

Der Naturschutzbund NABU hat die von Äußerungen von Ministerpräsident Edmund Stoiber zu Nutzung und Ausbau der Atomenergie als "paradoxes und kurzsichtiges Manöver" kritisiert. Die bayerische Landesregierung, die vehement eine fachlich fundierte Suche nach einem Endlager für Atommüll blockiere, bewiese mit diesen Aussagen ihren "verantwortungslos populistischen Umgang mit wichtigen Zukunftsfragen", so der NABU. Während die ganze Welt auf der Konferenz "renewables 2004" in Bonn realistische Wege für eine nachhaltige Energiezukunft suche, verharre Stoiber in "energiepolitischem Anachronismus".

Den Menschen werde nicht geholfen, wenn die Nutzung klimaschädlicher Energieträger durch gesundheitsschädliche und risikoreiche Energieformen ersetzt werde. Es sei auch ökonomischer Unfug, Klimaziele ausgerechnet mit der Atomkraftnutzung erreichen zu wollen, da die ebenfalls beschränkten Uranvorkommen noch früher versiegen würden. Die sich abzeichnende weltweite Energiekrise könne nur durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und einer gleichzeitigen Effizienzrevolution abgewendet werden, bekräftigte der NABU. (vl) ■

● Kontakt/Informationen

CDU, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin
Tel. 030 / 22070-0, Fax -111
eMail info@cdu.de
www.cdu.de

NABU, Energieexperte Frank Musiol,
Herbert-Rabius-Straße 26, 53225
Bonn
Tel. 0228 / 4036-164, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Klare Startbedingungen für Stadtwerke

Bundestag verabschiedet Nationalen CO₂-Allokationsplan

Die Verabschiedung des Nationalen Allokationsplans für CO₂-Zertifikate schafft die notwendige Klarheit, damit sich die Stadtwerke auf den Start des Emissionshandels am 1. Januar 2005 vorbereiten können. Das erklärte der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) Ende Mai anlässlich der Verabschiedung des Zuteilungsgesetzes durch den Bundestag.

Für die 160 Stadtwerke, die mit knapp 400 Anlagen vom Emissionshandel erfasst werden, seien vom Gesetzgeber akzeptable Rahmenbedingungen erlassen worden, sagte ein VKU-Sprecher. Aus der Sicht der Stadtwerke werde insbesondere anerkannt, dass die frühzeitigen freiwilligen Emissionsminderungen ("early action") der ost- und westdeutschen Stadtwerke seit 1994 berücksichtigt werden. Auch die Aufhebung des zuvor geplanten Kumulationsverbotes von "early action" und Kraft-Wärme-Kopplung, das für Stadtwerke mit frühzeitigen Emissionsminderungen sehr nachteilig gewesen wäre, wertet der VKU positiv.

Es sei nun vordringlich, allen Handelsteilnehmern umgehend die gesetzlichen Spielregeln mitzuteilen. Dies betreffe vor allem die Bekanntgabe einer ausreichenden Anzahl von Gutachtern für die Emissionsberichte und der Regeln für die notwendigen Anträge an das Umweltbundesamt. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), Brohler Straße 13, 50968 Köln
Tel. 0221 / 3770-0, Fax -266,
eMail: info@vku.de
www.vku.de

Lesenswert

Klimaänderung - Festhalten an der vorgefassten Meinung?

In Roland Emmerichs Film "The day after tomorrow" führen Klimawandel und das Abreißen des Golfstroms zu ungeahnten Tornados, einer gigantischen Flutwelle, die Schiffe durch die Avenues New Yorks treibt, und einem plötzlichen Tiefkühlbruch, der Städte unter Eis erstarren lässt. Obwohl die Annahmen im Film künstlerisch überspitzt sind: Das Klima verändert sich schon heute weltweit. Doch wie schlimm kommt es wirklich? In zwei neuen Broschüren fasst das Umweltbundesamt (UBA) den heutigen Wissensstand zusammen und setzt sich mit den Argumenten der Zweifler am vom Menschen gemachten Klimawandel auseinander. (vl)

UBA (Hrsg.): "Klimaänderung - festhalten an der vorgefassten Meinung? Wie stichhaltig sind die Argumente der Skeptiker"; "Globaler Klimawandel - Klimaschutz 2004", kostenlos; Bezug: UBA/ZAD, PF 33 00 22, 14191 Berlin, eMail: bk@umweltbundesamt.de, Internet-Download: www.umweltbundesamt.de

Potenzial der Brennstoffzellen

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) der Bundesregierung wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die umfassend die Perspektiven stationärer Brennstoffzellen in einer an Umweltschutzanforderungen und Nachhaltigkeitszielen orientierten Energieversorgung herausarbeitet. Brennstoffzellen, vor allem dezentrale, stationäre Systeme, werden bei konsequenter Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung in Zukunft eine erhebliche Rolle spielen, meinen die Experten. Die ökologische Bewertung, wirtschaftliche Perspektiven und die Frage von Brennstoffzellen im Netzverbund wurden von den Forschern ebenso untersucht wie Langfristszenarien für deren verstärkten Ausbau, Markthemmnisse und Förderinstrumente. Das Buch "Brennstoffzellen in der Kraft-Wärme-Kopplung" stellt die Ergebnisse dieser Forschungen vor. (vl)

Dr. Wolfram Krewitt u.a. (Hrsg.): Brennstoffzellen in der Kraft-Wärme-Kopplung - Ökobilanzen, Szenarien, Marktpotenziale, Beiträge zur Umweltgestaltung Bd. A 156, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2004, 355 S., 49,80 Euro, ISBN 3 503 07870 3

Erneuerbare Energien kommunal

Welche Chancen bieten Erneuerbare Energien den Kommunen für eine kurz- und langfristig tragfähige Energieversorgung? Wie dringlich ist eine Energiewende und welchen Beitrag können Kommunen dafür leisten? Auf diese Fragen antwortet die Broschüre "Erneuerbare Energien für die Kommunen". Sie wendet sich vor allem an Entscheidungsträger der Städte und Gemeinden sowie Mitglieder von lokalen Initiativen und Vereinen. Die Herausgebergruppe LAND ist seit 2000 als Lokale-Agenda-21-Arbeitsgruppe im Forum Umwelt & Entwicklung aktiv und steht Interessierten aus allen Kommunen offen. Den Abschluss der Broschüre bildet die Erklärung "Offen für neue Energie", die auf der Kommunalkonferenz in Freiberg verabschiedet wurde. Vertreter/innen von Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen erklären darin ihre Absicht, Erneuerbare Energien vor Ort verstärkt einzusetzen. Die Broschüre soll hierzu Wege aufzeigen. (vl)

Forum Umwelt & Entwicklung (Hrsg.): Erneuerbare Energien für die Kommunen - Handlungsbedarf, Chancen und Good-Practice-Beispiele, 28 S., kostenlos; Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel. 0228 / 359704, Fax / 92399356, eMail: info@forumue.de, PDF-Download (1,9 MB): www.forumue.de

Neues Gentechnikgesetz verabschiedet

Lob von Umweltverbänden, Kritik vom Bauernverband und der Opposition

Der Bundestag hat Mitte Juni ein neues Gentechnikgesetz verabschiedet, das die Zukunft gentechnikfreier Landwirtschaft sichern soll. Bundesverbraucherministerin Renate Künast sprach von einem "Erfolg für den Verbraucherschutz und für die Landwirte". Die Union warf der Regierung vor, mit der Abtrennung von im Bundesrat zustimmungspflichtigen Teilen die Opposition "überumpelt" zu haben. Auch der Bauernverband kritisierte dies. Seiner Ansicht nach hat die Regierung "Lösungen auf breiter politischer und gesellschaftlicher Basis" verhindert. Die Länderkammer kann das In-Kraft-Treten des Gesetzes mit ihrem Einspruch jetzt nur noch verzögern, aber nicht mehr verhindern.

Greenpeace lobt "Transparenz vom Acker bis zum Supermarktregal"

Mit dem Gesetz, das Anbauvorschriften für Genpflanzen, Haftungsregeln für Saatguthersteller und Bauern sowie ein öffentliches Standortregister vorsieht, wird nach Angaben von Greenpeace "Transparenz vom Acker bis zum Supermarktregal" erreicht. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) betonte, dass mit den Anbauvorschriften eine Trennlinie zwischen Gentechnik und konventioneller Landwirtschaft aufrecht erhalten werde. Dies sei wichtig, weil die meisten deutschen Verbraucher keine Gentechnik wollten.

BUND und NABU begrüßen Grundstück-Register

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund NABU begrüßten insbesondere die Einrichtung eines grundstückgenauen Registers. Jetzt könnten Bauern, Imker, Anwohner und alle anderen Interessierten über das Internet erfahren, wo sich Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen befinden, so der BUND. ▶

Verbände hatten strenge Regeln gegen Agro-Gentechnik gefordert

Noch vor der Verabschiedung des Gentechnikgesetzes hatten rund 40 Landwirtschafts-, Verbraucher-, Ärzte-, Wissenschafts- und Umweltverbände sowie Gewerkschafts- und Kirchenorganisationen deutliche Nachbesserungen gefordert. In einem Offenen Brief riefen sie die Bundestagsabgeordneten auf, dafür zu sorgen, dass Saatgutfirmen und Landwirte nach dem Verursacherprinzip für alle Schäden haften müssen, wenn sie Gentechnik einsetzen.

Zu den Unterzeichnern des Offenen Briefes gehören neben dem DNR, BUND, NABU und der Grünen Liga auch Lebensmittelhersteller wie Bioland, Demeter sowie der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Auch die Umweltbeauftragten der evangelischen Kirche und die katholische Landjugend sowie rund 40 mittelständische Unternehmen und Wirtschaftsverbände unterstützten die Initiative. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Gentechnik-Referentin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 27586-456, Fax -40
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net
Der offene Brief im Internet:
www.keine-gentechnik.de

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

DNR, Gentechnik-Expertin Dr. Martha Mertens, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Naturschutztag beschließt Gentechnik-Memorandum

Oberstes Ziel: Schutz der biologischen Vielfalt und sensibler Ökogegebiete

Der 27. Deutsche Naturschutztag (DNT) hat Ende Mai zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Agro-Gentechnik aufgerufen. In einem Memorandum forderten der DNR, der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN), die biologische Vielfalt und vor allem ökologisch sensible Gebiete umfassend zu schützen. Außerdem müssten Verbraucher/innen eine echte Wahlfreiheit erhalten und eine Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion ohne Gentechnik auch für die Zukunft sichergestellt werden.

Mitte Mai hatte die EU-Kommission ein De-Facto-Moratorium aufgehoben und damit den Weg für den Import und die Verarbeitung der ersten transgenen Nutzpflanzen in der EU frei gemacht. Gleichzeitig soll die Wahlfreiheit der Verbraucher/innen gesichert und die Koexistenz zwischen Anbauformen mit und ohne Gentechnik gewährleistet werden. Bisher wurden aber noch in keinem EU-Mitgliedsstaat verbindliche Koexistenzregeln entwickelt. Der Schutz ökologisch sensibler Gebiete und der Biodiversität sei nicht einmal in Ansätzen geregelt, hieß es auf dem DNT. Im deutschen Gentechnikrecht fehlten außerdem genaue Kriterien zur Definition eines ökologischen Schadens und zur Festlegung, ob und wann ein Anbaustopp für eine Gen-Pflanze gerechtfertigt sei. Es sei dringend notwendig, verbindliche Kriterien dafür zu erarbeiten, wann die Auswirkungen des Anbaus transgener Pflanzen über ein akzeptierbares Maß hinausgehen, sagte der Präsident des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) Hartmut Vogtmann. Das sei nicht nur im Interesse der Natur, sondern auch der Landwirte, die aus Überzeugung oder ökonomischen Gründen ohne Gentechnik arbeiten möchten. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200
www.bfn.de

DNR, siehe Beitrag links

Kampagne für Milch ohne Gentech-Futter

Molkereien erklären Verzicht auf genverändertes Futter für Kühe

Fast die Hälfte von über 60 befragten Molkereien haben Ende Mai in einer Greenpeace-Umfrage erklärt, keine Gen-Pflanzen an ihre Milchkühe zu verfüttern. Greenpeace forderte auch andere Hersteller von Milchprodukten auf, kein Genfutter mehr zu verwenden, wenn sie das Vertrauen der Verbraucher/innen behalten wollten.

Gut 80 Prozent aller genmanipulierten Saaten und Pflanzen gelangen über den Futtertrog in die Nahrungskette. Nach einem Gutachten der Universität Kassel kann jederzeit auf eine gentechnikfreie Fütterung umgestellt werden. Es gebe ausreichend Anbieter herkömmlicher Sojabohnen. Außerdem sei die Milchwirtschaft nicht auf Soja angewiesen. Falls ein höherer Milch-ertrag angestrebt werde, könne zu Gras und Heu z.B. auch Rapsschrot verfüttert werden.

Müllermilch will Anti-Gentechnik-Kampagne gerichtlich verbieten lassen

Der größte Milchkonzern in Deutschland, Müllermilch, verwendet laut Greenpeace nach wie vor Gen-Futter. Zwar erklärte das Unternehmen im April durch seine Anwälte, alle möglichen Maßnahmen gegen Gen-Pflanzen im Futter eingeleitet zu haben. Stichproben wiesen jedoch immer noch genmanipulierte Substanzen nach.

Die Auseinandersetzung zwischen Greenpeace und dem Milchkonzern Müllermilch hatte sich zugespitzt, nachdem die Theo Müller GmbH & Co. KG die Kampagne der Umweltschutzorganisation gegen Gen-Milch Anfang Juni mit einer einstweiligen Verfügung zunächst stoppte. Greenpeace hatte seit April die Öffentlichkeit darüber informiert, dass die Milchkühe von Müller mit genmanipulierten Pflanzen gefüttert werden. ▶

Müllermilch, zu deren Marken auch Weihenstephan und Sachsenmilch gehören, bestritt in der Klageschrift nicht, dass die Milchkühe genmanipulierte Futtermittel bekommen. Der Milch-Gigant will aber alle bisherigen Verbraucherinformationen zum Thema durch Greenpeace verhindern. So sollte unter anderem eine Aktion verboten werden, die Müller-Werbung mit Dieter Bohlen, den Becher-Girls und dem Kleinen Hunger persifliert. Zudem sollten das Kennzeichnen von Müller-Produkten in Supermärkten mit Warnhinweisen wie "Gen-Milch: Hände weg!" und andere Äußerungen zur Verfütterung von Gen-Pflanzen für Müller-Produkte untersagt werden.

Greenpeace verwies darauf, dass die Anti-Werbung Satire und damit rechtlich nicht zu beanstanden sei. Hingegen verbreite die Müller GmbH, dass die gentechnikfreie Fütterung von Kühen nicht möglich sei. Hersteller von Futtermitteln böten aber ausreichende Mengen gentechnikfreier Futtermittel an. Eine Liste findet sich unter www.greenpeace.de/landwirte-info im Internet.

Erstmals Rückstände von Gen-Pflanzen in Milch gefunden

Mittlerweile haben Wissenschaftler genmanipulierte Bestandteile in der Milch von Kühen nachgewiesen, die Gentech-Futter gefressen haben. Das geht aus einem Untersuchungsbericht des Forschungszentrums für Milch und Lebensmittel in Weihenstephan (Bayern) hervor, der offenbar drei Jahre unter Verschluss gehaltenen wurde. In der Milch eines Landwirtes, der Gen-Soja und Gen-Mais verfütterte, fanden Wissenschaftler Teile der Erbsubstanz dieser Pflanzen.

Greenpeace veröffentlichte die Ergebnisse und forderte weitere Studien sowie eine Kennzeichnung von allen tierischen Produkten, die mit Gen-Futter hergestellt wurden. Bisher war angenommen worden, dass Gen-Pflanzen bei der Verdauung abgebaut werden und nicht in Fleisch oder Milch gelangen können. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Greenpeace, Ulrike Brendel, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
mobil 0171 / 8780 844
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de
www.muell-milch.de

Katholische Kirche lehnt Genfood nicht mehr ab

Vatikan-Berater und Bischöfe: Grüne Gentechnik hilft gegen Welthunger

Die Grüne Gentechnik findet in Teilen der katholischen Kirche offenbar zunehmend Fürsprecher. Nach Angaben des genethischen Informationsdienstes hat sich die ablehnende Haltung wie sie noch 2000 vom Papst verkündet wurde, inzwischen gelockert. So treten Berater des Vatikan für Genfood ein, um den Hunger in der Welt zu lindern. Deutsche Bischöfe unterstützen sie darin.

Evangelische Kirche und Hilfswerke bleiben kritisch

Ende vergangenen Jahres vertrat eine überkonfessionelle Arbeitsgemeinschaft noch eine Position, die sich kritisch mit den Argumenten pro Gentechnik auseinandersetzte. Auch das Kolpingwerk und Misereor sehen nach wie vor mehr Gefahren als Nutzen in der Grünen Gentechnik. In der evangelischen Kirche Deutschlands ist der Widerstand gegen genmanipuliertes Essen weit verbreitet. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Gen-ethisches Netzwerk, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin
Tel. 030 / 6857073
eMail: gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Risiken genmanipulierter Gehölze untersucht

Weitergabe gentechnisch veränderter Gensequenzen wahrscheinlich

Werden gentechnisch veränderte Gehölze freigesetzt, muss mit einer Weitergabe der veränderten Eigenschaft über Pollen und Samen gerechnet werden. Das ist das Fazit eines dreijährigen Verbundprojekts des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums, des Umweltbundesamtes und des Bundesamtes für Naturschutz. Zusätzliche Computersimulationen an Pappeln zeigten, dass es nahezu unmöglich ist, die Verbreitung von Gen-Pollen der Gehölze in einer realen Landschaft zu verhindern.

Transgene in Gehölzen relativ stabil, langfristige Perspektive unklar

Um das Verbreitungsrisiko zu reduzieren, kann es helfen, die Pflanzen genetisch zu sterilisieren, so die Fachleute. Allerdings ist bislang ungeklärt, ob die Sterilität dauerhaft ist oder ob sie wieder verschwinden kann. Während der Versuchsdauer wurden bei mehr als 1.000 Pflanzen keine eindeutigen Instabilitäten festgestellt. Die veränderten Gene blieben auch unter Temperatur- oder UV-Licht-Stress zumindest während der drei Untersuchungsjahre erhalten. Da Gehölze sehr langlebig sind, sehen die Experten jedoch weiteren Forschungsbedarf. Ihr Ziel ist es, für eine wissenschaftlich fundierte Risikobewertung weitere und vor allem längerfristige Daten zu erheben.

"Viele Fragen sind noch offen"

Die Ergebnisse machten deutlich, wie aufwändig Experimente durchgeführt werden müssten, um sichere Aussagen zur Risikobewertung von Gentech-Material in Gehölzen zu erhalten. Schleswig-Holsteins Umweltminister Klaus Müller resümierte: "Wir stehen mit der Risikoforschung an transgenen Gehölzen erst am Anfang. Zu viele Fragen bei der Risikobewertung sind noch offen." (du) ■

• Kontakt/Informationen

Michael Rittmeier, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft, Mercatorstr. 3, 24106 Kiel
Tel. 0431 / 988-7201, Fax -7137
eMail:
pressestelle.munl@munl.landsh.de
www.umwelt.schleswig-holstein.de
(Suchwort "Transgene Gehölze")

Informationsdienst Gentechnik gegründet

Informationen zur gentechnikfreien Landwirtschaft und Ernährung

Zur Unterstützung aller, die sich in Stadt und Land für die Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Ernährung engagieren, wurde Anfang Juni der "Informationsdienst Gentechnik" ins Leben gerufen.

Bürgertelefon und Informationsportal

Wer etwas über Gentechnik erfahren will, kann sich mit seinen Fragen persönlich, via Internet oder per Fax an den Informationsdienst wenden. Landwirte, Verbraucher/innen und Umweltschützer können sich zu Fragen der Gentechnik persönlich oder per Internet und Fax an den Informationsdienst wenden. Zu dem Serviceangebot des Informationsdienstes gehört ein Internetportal. Hier finden sich aktuelle Nachrichten, Termine und Informationen zur Agro-Gentechnik, Pressekontakte und Links sowie Aktionstipps und Materialien für Bürger/innen, Journalisten, Initiativen und regionale Aktionsbündnisse.

Der Informationsdienst Gentechnik wird von Umwelt-, Wirtschafts-, Verbraucher- und Bauernverbänden getragen. Mit dabei sind auch DNR, BUND und NABU. (mbu, du) ■

• Kontakt/Informationen

Informationsdienst Gentechnik, Jan Sommer, Berlin
Tel. 030 / 284823-04, Fax -09
eMail: info@keine-gentechnik.de
www.informationsdienst-gentechnik.de

Nachhaltigkeitsstrategie: Umweltziele präzisieren

Verbände: Guter Ansatz, aber mehr Mut zum Subventionsabbau nötig

Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund (NABU) haben größere Anstrengungen bei der Umsetzung nationaler Ziele zur Nachhaltigkeit angemahnt. Der im Mai von der Bundesregierung veröffentlichte Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie (siehe S. 3) enthalte zwar einige richtige Vorgaben für mehr Umweltschutz und Zukunftsfähigkeit. An entscheidenden Punkten fehlten jedoch stärkere Impulse, monierten die Umweltverbände. Hier müsse der Entwurf des Fortschrittsberichtes nachgebessert werden.

Positiv bewerteten die Verbände, dass die Bundesregierung das Ziel zur Verringerung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 in den Fortschrittsbericht aufgenommen hat. Die Erfüllung dieses Ziels dürfe Deutschland jedoch nicht von Klimaschutzanstrengungen der EU abhängig machen: Schließlich verursachten die Bundesbürger pro Kopf mehr Klimagase als Italiener, Spanier, Briten oder Franzosen.

DNR-Präsident Hubert Weinzierl forderte die stärkere Verknüpfung von Artenschutzzielen mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Eine intakte Natur und die Schonung der Ressourcen seien auch Teil der künftigen Rente. Der BUND hob die Klimapolitik als zentralen Baustein der Nachhaltigkeitsstrategie hervor. Die Industrieländer müssten bis zur Mitte des Jahrhunderts ihre Kohlendioxid-Emissionen um achtzig Prozent reduzieren, damit das globale Klima im Gleichgewicht bleibe.



Verkehrspolitik in der Kritik

Während die Pläne zur Senkung des Flächenverbrauchs von den Verbänden gelobt wurden, gab es für die Verkehrspolitik Kritik. Der Bundesverkehrswegeplan sehe neue Rekordsummen für den Straßenbau vor, monierte der NABU. Damit richte sich die Nachhaltigkeitsstrategie nicht entschieden genug gegen Milliarden teure ökologisch kontraproduktiven Förderungen. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-425, Fax -40
eMail: presse@bund.net
www.bund.net

NABU, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

DNR, Annete Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.dnr.de

www.nachhaltigkeits-check.de

Geschlechtergerechtigkeit in der Nachhaltigkeitsstrategie

"genanet" zeigt, wie Geschlechter-Aspekte in Umweltpolitik einfließen

Was hat "Gender" mit Flächenverbrauch oder dem Thema "Zeit" im ländlichen Raum zu tun, inwiefern sind Biodiversität oder Klimaschutz relevant für Geschlechtergerechtigkeit? Auf solche Fragen wollen die Positionspapiere zur Nachhaltigkeitsstrategie antworten, die in den letzten Monaten von der Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit (genanet) erarbeitet worden sind.

Parallel zur Veröffentlichung des vorläufigen Fortschrittsberichts der Regierung zur Nachhaltigkeitsstrategie (siehe nebenstehender Beitrag) beleuchtete genanet in zwölf Positionspapieren die Gender-Aspekte der jeweiligen Themen. Die Leitstelle will deutlich machen, dass auf umweltpolitischem Gebiet Geschlechterverhältnisse eine wichtige Rolle spielen und dass durch die Nichtbeachtung dieser Perspektive bei politischen Maßnahmen Ungerechtigkeiten entstehen können. In der Nachhaltigkeitsstrategie werde das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit zwar beim Indikator der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern aufgenommen, ein durchgängiges Gender Mainstreaming habe aber bisher nicht stattgefunden.

Nachhaltigkeitsstrategie soll weiterentwickelt werden

In der Konsultationsphase - bevor der Bericht im Herbst dem Bundestag vorgestellt wird - sollen die genanet-Positionspapiere nicht nur als Argumentationsgrundlage dienen, sondern mit ihren Handlungsempfehlungen auch praktisch zu einer Weiterentwicklung der Strategie beitragen. Die Papiere nehmen neben umweltpolitischen Themen auch "Entwicklungszusammenarbeit", "Bildung für Nachhaltigkeit" und die Strategie selbst unter die Lupe. Zwei Positionspapiere behandeln den im Fortschrittsbericht neu vorgestellten Themenschwerpunkt Demografischer Wandel/Potenziale Älterer. ▶

▶ Auch DNR, BUND und NABU erarbeiten im Rahmen ihres gemeinsamen Projekts "Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation" derzeit Stellungnahmen zum Fortschrittsbericht, in dem sie unter anderem ein Gender Mainstreaming innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie fordern. (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

genanet - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Hohenstaufenstr. 8, 60327 Frankfurt a. M.
Tel. 069 / 740757
eMail: leitstelle@genanet.de
www.genanet.de
www.genanet.de/20.0.html#240

DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeits-check.de

Lesenswert

Verzeichnis der Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa - ecotopia

Dieses Verzeichnis informiert umfassend über Gemeinschaften und Ökodörfer in Deutschland und Europa. In Weiterentwicklung der in mehreren Auflagen erschienenen eurotopia-Projektliste stellen sich hier 348 Gemeinschaften und Ökodörfer in 23 Ländern vor. Sie geben einen lebendigen Einblick in eine Lebensform, von der sich immer mehr Menschen einen Gewinn an Lebensqualität erhoffen. Die Verfasser/innen leben selbst in solchen Gemeinschaften. In kollektiver Selbsthilfe setzen sie der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen globalen Krise ihre eigenen Visionen entgegen. Sie entwickeln dabei ernstzunehmende Lösungsansätze für drängende Fragen, indem sie ihren Traum von einem gemeinschaftlichen Leben selbstbewusst in die Tat umsetzen. Das eurotopia-Verzeichnis ist ein praktischer Helfer für alle, die in Gemeinschaft leben wollen oder bereits leben. Das Buch regt dazu an, sich über alternative Lebensformen Gedanken zu machen, und macht durch zahlreiche Beispiele Mut, solche Ideen auch im eigenen Leben umzusetzen. (mbu)

eurotopia-Verzeichnis "Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa", Volker Peters Verlag, Poppau 2004, 448 S., 18 Euro; ISBN 3-00-013772-6; Bezug: Buchhandel oder www.eurotopia.de

▶

► **Aktionsplakate und Dokumentation für Naturerlebnisaktionen**

Botschaften durch Bilder vermitteln ist keine neue Idee, wird aber im Naturschutz sie zu wenig umgesetzt. Um der Dominanz des Geschriebenen in der Umweltbildung entgegenzuwirken, hat das Bildungswerk des Bund Naturschutz in Bayern (BN) Aktionsplakate entwickelt, die Lust auf Naturerlebnisse vor Ort machen sollen. Ins Bild gesetzt wurden erfolgreiche Aktionen, die bereits im BN-Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden erprobt wurden, etwa ein Apfelfest, das über 500 Menschen aus der Region anzog. Daraus ist das Aktionsplakat "Apfelträume" entstanden, das Anregungen für ähnliche Aktionen geben kann. Außerdem ist es als Blickfang für Verbands-Geschäftsstellen, Schaukästen oder Plakatwände geeignet. Auf einem weiteren Aktionsplakat zum Thema "Sehnsucht Wildnis" sind Szenen aus dem Aktionsprogramm des gleichnamigen Projekts des BN-Bildungswerks zu sehen, das seit 1999 erfolgreich läuft: "Wilde Sonntage", Theater in der Wildnis, Holzbildhauerwerkstätten, Feriencamps und Fotos sollen die Sehnsucht vieler Menschen nach unverfälschter Natur ansprechen. Die Aktivitäten werden in einem Dokumentationsheft beschrieben. (mbu)

Aktionsplakate und Dokumentationsheft "Sehnsucht Wildnis"; Hrsg./Bezug: BN-Bildungswerk, PF 40, 94343 Wiesenfelden, Tel. 09966 / 1270; 2 Plakate mit Rolle 5,- Euro zzgl. Porto; Dokumentationsheft, 3,- Euro zzgl. Porto.

►

Umweltkommunikation als Theorielandschaft

In der Reihe "Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit" ist eine Studie über Grundorientierungen, Differenzen und Theoriebezüge der Umweltkommunikation erschienen. Wer Umweltthemen wirksamer der Öffentlichkeit vermitteln will, findet in dem Buch reichhaltig Stoff zur theoretischen Fundierung der Umweltkommunikation. Neben der Entwicklungsgeschichte der Umweltkommunikation beschreibt die Autorin ihr methodisches Vorgehen und beleuchtet den Begriff vor dem Hintergrund verschiedener Gesellschaftstheorien. (mbu)

Korinna Schack: Umweltkommunikation als Theorielandschaft. Eine qualitative Studie über Grundorientierungen, Differenzen und Theoriebezüge der Umweltkommunikation, ökom verlag, München 2004; 172 S., 15,- Euro; ISBN: 3-936581-23-1

Zugang zu Umweltinformationen und Freedom of Information

Die Untersuchung liefert einen präzisen Überblick über die hinter den jeweiligen Rechtssystemen stehende Rechtskultur in Großbritannien und Deutschland. Dabei zeigt der Autor, dass Deutschland "im europäischen Wettbewerb der Rechtsordnungen in Rückstand geraten" ist. Für die bevorstehende Gesetzesdebatte zur Umsetzung der EU-Umwelthinformationsrichtlinie bietet das Buch zahlreiche Argumente und Hintergrundinformationen. (ab)

Sebastian Roll: Zugang zu Umweltinformationen und Freedom of Information, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2003, 216 S., 62,- Euro

►

Kommunikation für eine nachhaltige Globalisierung

Wie der notwendige "Wandel in den Köpfen" (Volker Hauff) hin zu einer sozialverträglichen und ressourcenschonenden Gestaltung der Globalisierung erreicht werden kann, dafür bietet das Buch "Lust auf Zukunft" zahlreiche Anregungen von jungen Autor/innen, die im letzten Oktober zu einer gleichnamigen Konferenz zusammengekommen waren. "Nachhaltige Helden", der "Charme der Suffizienz", eher narrative als analysierende Herangehensweisen in den audiovisuellen Medien, ein Energieeffizienzlabel - das sind Vorschläge für einen besseren und professionelleren Umgang mit den komplexen Themen Nachhaltigkeit und Globalisierung. Erhellend ist die Unterscheidung von Globalisierung und Globalität (Ulrich Beck) im ersten Kapitel zur globalen Strukturpolitik. Das zweite Kapitel behandelt "Corporate Citizenship", das dritte nachhaltigen Konsum. Die Beiträge unterscheiden sich in Umfang und Qualität, bieten aber eine interessante und anregende Zusammenstellung von Fakten, Meinungen und Positionen. Von manchen der jungen Autor/innen wird wohl auch in Zukunft einiges zu lesen sein. (jg)

Daniel Dettling/Torge Hamkens/Lena Kempmann/Tile von Damm (Hrsg.): Lust auf Zukunft - Kommunikation für eine nachhaltige Globalisierung, Selbstverlag, Hamburg 2004, 256 S., 15,- Euro; Bezug: www.perglobal.org, ISBN 3-8334-0777-8

►

► Nachhaltige Regionalentwicklung für ländliche Randgebiete

Die zunehmende Abkoppelung der ländlich strukturierten Randgebiete von der Entwicklung in den großen Zentren hat Arbeitslosigkeit, Abwanderung, wirtschaftliche und kulturelle Probleme zur Folge. Welche Chancen bietet das Leitbild einer nachhaltigen Regionalentwicklung für die peripheren ländlichen Räume? Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung, Verbänden und Politik haben im Rahmen der Tagung "Regionen im Aufbruch" verschiedene Lösungsmöglichkeiten vorgestellt, untersucht und diskutiert. (ab)

Ursula Eberle-Berlips, Dr. Joachim Twisselmann (Hrsg.): Regionen im Aufbruch, 5,- Euro inkl. Versand; Bezug: Ökologische Bildungsstätte, U. Eberle-Berlips, 96268 Mitwitz, Tel. 09266-9919998, Fax -6442, eMail: ursula.eberle-berlips@oekologische-bildungsstaette.de, www.oekologische-bildungsstaette.de

Tag der Regionen: Neuer "wegweiser" für Veranstalter

Der "wegweiser" ist die überarbeitete Ausgabe der Zusammenstellung "Hilfen für Akteure". Die 20-seitige A5-Broschüre beinhaltet Ratschläge für die Pressearbeit, die Zusammenarbeit innerhalb der Region und die Werbung, die für eine erfolgreiche Tag-der-Regionen-Veranstaltung nützlich sein können. (ab)

Tag der Regionen Koordinationsbüro Nord, Zur Specke 4, 34434 Borgentreich, Tel. 05643 / 948-537, Fax -803, eMail: bund-nord@tag-der-regionen.de

►

Regionalwährungen: Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Es gibt ein Modell, das bezahlte Arbeit ermöglicht, indem es den Faktor Kapital verbilligt. Es besteht darin, dass global gültige Währungen durch regionale Komplementärwährungen ergänzt werden. Dem Euro soll der "Regio" an die Seite gestellt werden, eine Tauschwährung, die den Gütertausch innerhalb einer Region gestattet, ohne auf das Geld der Zentralbank zurückzugreifen. Mit dem System der Regionalwährungen soll das Geld aus der Sphäre des Spekulativen in den regionalen Wirtschaftskreislauf zurückgeholt werden, der den globalen sinnvoll ergänzt. Anhand praktischer Beispiele aus historischen und aktuellen Zusammenhängen belegen die Autor/innen, dass regionales Geld durchaus Erfolgsgeschichten vorweisen kann. (ab)

Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen - Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Riemann Verlag, 2004, 200 S., 18,- Euro; ISBN 3-570-50052-7

Toblacher Gespräche

Um die Nachhaltigkeitsdebatte voranzubringen, fanden sich ab 1985 einmal jährlich Fachleute verschiedener Disziplinen in Toblach in Südtirol zusammen. Das Buch stellt Themen und Thesen der Jahre 1985 und 1999 vor und beurteilt sie aus heutiger Sicht. Dazu gibt es eine eigens für die Toblacher Gespräche komponierte CD "Le linee della vita". (ab)

Hans Glauber (Hrsg.): 15 Jahre Toblacher Gespräche, ökom Verlag, München 2004, 256 S., 18,90 Euro

►

Umweltbildung 11mal anders: Handbuch für die Praxis

Dieses Buch enthält elf Programme zu ökologischen Schlüsselthemen wie Lebensraum, Vernetzung, Energietransfer oder Nahrungskette für die schulische und außerschulische Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen der Klassenstufen 1 bis 13. Neben methodisch aufbereiteten Beschreibungen im Buch bietet die beiliegende interaktive CD-ROM detaillierte Erklärungen zu allen Aufgabenstellungen. (ab)

Ulf Steiner, Katja Geißler: Umweltbildung 11mal anders - ein Handbuch für die Praxis, ökom Verlag, München 2003, 303 S., 23,50 Euro

■

Natura 2000: Beitrag der Bundesländer mangelhaft

Naturschutz: BMU und Verbände wollen Bundeszuständigkeiten stärken
Vor dem Deutschen Naturschutztag (DNT) Ende Mai in Potsdam hat sich Bundesumweltminister Jürgen Trittin für eine Stärkung der Bundeszuständigkeiten im Naturschutz ausgesprochen. Trittin kritisierte in diesem Zusammenhang vor allem den mangelhaften Beitrag der Bundesländer zum europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000. Auch Vertreter der Umweltverbände sprachen sich auf dem DNT für mehr Bundeskompetenzen im Naturschutz aus.

Umweltrecht: Entbürokratisierung als treibende Kraft

Die derzeitige Kompetenzordnung des Grundgesetzes ermögliche keine problemangepassten Lösungen im Umwelt- und Naturschutz, sagte Trittin. So könnten Länder beispielsweise keinen effektiven Hochwasserschutz leisten, da Flusseinzugsgebiete Länder- und meist auch Landesgrenzen überschreiten. "Wir müssen mit einer neuen Kompetenzordnung das Umweltrecht verschlanken und entbürokratisieren", so der Minister. Der Bund müsse eine eigene Zuständigkeit für die Umweltgesetzgebung erhalten.

Während europäische Staaten wie beispielsweise die Niederlande zügig vorangingen, blockierten die Bundesländer in Deutschland immer noch den Errichtungsprozess des Netzes Natura 2000, kritisierte Trittin. Die EU-Kommission hat den Ländern eine letzte Frist gesetzt. ▶

Meldung von Schutzgebieten: Kritik an Merkels Blockadehaltung

Sowohl Minister Trittin als auch der NABU haben unterdessen die Empfehlung der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel an die unionsgeführten Bundesländer, die Meldung von Natura-2000-Schutzgebieten zu boykottieren, scharf kritisiert. NABU-Präsident Olaf Tschimpke sprach von einem "erneuten Versuch Merkels, den Schutz der biologischen Vielfalt in Europa zu hintertreiben". Schon als Bundesumweltministerin sei Merkel ihrer Verpflichtung, die Bundesländer zur Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht zu bewegen, nicht nachgekommen. Dies habe wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Meldung von Schutzgebieten durch die Länderso lange verzögert hat. "Mit dem Aufruf zum Rechtsbruch schadet Angela Merkel der Natur, gefährdet Planungs- und Investitionssicherheit und riskiert hohe Geldstrafen für Bund und Länder", so der NABU-Präsident.

Da Deutschland bereits im September 2001 wegen der unzureichenden Meldung von Schutzgebieten vom Europäischen Gerichtshof verurteilt wurde, droht bei nochmaliger Verurteilung gemäß den Regeln des Maastrichter Vertrages ein Bußgeld von bis zu 790.000 Euro pro Tag, rückwirkend ab dem Tag des ersten Urteils. Würde der Europäische Gerichtshof Deutschland im Herbst 2004 erneut verurteilen, fielen laut NABU für drei Jahre Bußgelder von insgesamt rund einer Milliarde Euro an. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 30520-10, Fax -16
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Meeresschutzgebiete: Natura-2000-Pflicht erfüllt

Berlin meldet 10 Schutzgebiete in Nord- und Ostsee

Zehn Schutzgebiete in Nord- und Ostsee hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin im Mai an die Europäische Kommission gemeldet. Deutschland hat mit der Nennung der sechs Ostsee- und vier Nordsee-Schutzgebiete frühzeitig seine Pflicht aus dem europäischen Schutzprogramm "Natura 2000" erfüllt und 31 Prozent der deutschen so genannten Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), also der Bereich der zwölf bis 200-Seemeilen-Zone, dem Naturschutz zur Verfügung gestellt.

Ausschlag gebend für die Ausweisung sind entsprechend den EU-Vorgaben die beiden Lebensraumtypen Riffe und Sandbänke sowie eine Reihe von zu schützenden Tierarten: 25 Vogelarten, vor allem aus der Gruppe der Seetaucher und Meerestenten, sechs wandernde Fischarten (Finte, Aalse, Schnäpel, Stör, Meer- und Flussneunauge) und drei Meeressäugetiere: Seehunde, Kegelrobben und Schweinswale.

Die Gesellschaft zum Schutz der Meeressäugetiere (GSM) hat bei Anhörungen und Diskussionen um die Schutzgebiete teilgenommen und begrüßt die Entscheidung. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 30520-10, Fax -16
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Gesellschaft zum Schutz der Meeressäugetiere e.V. (GSM), Petra Deimer, Kieler Str. 2, 25451 Quickborn
Tel. 04106 / 620-601, Fax -907
eMail: info@gsm-ev.de
www.gsm-ev.de
www.habitatmarenatura2000.de

Kann die Artenvielfalt der Alpen gesichert werden?

LBV: Bayern muss seiner bundesweiten Verantwortung gerecht werden

Bei der internationalen Fachtagung "Bio-diversität in den Alpen" hat der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) mit internationalen Experten diskutiert. "Der LBV hat sich zum Jahr der Berge 2002 entschlossen, den Schutz der alpinen Artenvielfalt zu einem Schwerpunktthema zu machen", sagte LBV-Landesvorsitzender Ludwig Sothmann auf der Tagung. Bayern habe für die Alpen eine bundesweite Verantwortung und müsse dieser gerecht werden. Als zentrale LBV-Forderungen nannte Sothmann die Erforschung der Zentren der Artenvielfalt, die Entwicklung eines alpenweiten Bioindikatorsystems und die Erstellung von Konzepten zur nachhaltigen Nutzung.

Zunehmender Skitourismus gefährdet die Alpen

Kritik äußerte der LBV-Vorsitzende an der fortschreitenden Erschließung der Alpen. Als dramatisches Beispiel nannte er die Aufweichung des Tiroler Naturschutzgesetzes in Bezug auf die Erschließung der Gletscher für den Skitourismus. Auswirkungen in gleicher Wirkung zeige in Bayern die Verlagerung der Zuständigkeit für die Landesplanung vom Umwelt- ins Wirtschaftsministerium.

In einer alpenweiten Studie hat der WWF die so genannten "hot spots" der Artenvielfalt lokalisiert. "Die Alpen sind die größte verbliebene Naturregion Mitteleuropas", so Frank Mörschel vom WWF auf der Veranstaltung. "30.000 Tier- und 13.000 Pflanzenarten zeugen von einer atemberaubenden Vielfalt der Natur". (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V., Ulrike Lorenz, Kornstr. 10, 86391 Leitershofen
Tel. 0821 / 43970-51, Fax -52
eMail: u-lorenz@lbv.de
www.lbv.de

Grundlegende Reform des Jagdgesetzes gefordert

Initiative der deutschen Natur- und Tierschutzverbände

Der Deutsche Naturschutzring und seine Mitgliedsverbände fordern, dass das deutsche Jagdrecht grundlegend reformiert wird. Eckpunkte zur Novellierung des Bundesjagdgesetzes existierten zwar seit kurzem, würden aber weit hinter den Forderungen zurückbleiben, kritisierten die Verbände.

Deshalb haben Mitgliedsverbände des DNR die Internetseite www.jagd-reform.de eingerichtet. Dort können z.B. unterschiedliche Protestschreiben an maßgebliche Politiker versandt werden, um den Novellierungsprozess voranzutreiben.

Außerdem machen der DNR und seine Mitgliedsverbände auf der Internetseite die eigenen Positionen und damit ihre Forderungen zum Inhalt der Reform deutlich. In der Rubrik "Vereine" sind die Initiatoren der Jagd-Reform-Seite mit Anschrift und Ansprechpartnern aufgeführt. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Naturschutzring, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Ökologischer Jagdverband (ÖJV), Elisabeth Emmert, Imbergweg 2, 88289 Waldburg
eMail: e.emmert@oejv.de
www.oejv.de

www.jagd-reform.de

Jugendreport Natur: Ergebnis alarmierend

Mangelnde oder falsche Kenntnisse im Bereich Natur und Umwelt

Viele Jugendliche in Deutschland sind an der Natur uninteressiert. Laut der im Juni vorgestellten Studie "Jugendreport Natur" der Universität Marburg und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW können sich über 50 Prozent der befragten Schüler nicht an ein Naturerlebnis erinnern.

Diese Entfremdung zeigt sich auch im Wissensstand der Jugendlichen. 54 Prozent der 1400 in Hessen und Nordrhein-Westfalen befragten Schüler denken beispielsweise, dass Vanilleschoten gelb oder weiß seien und nicht braun. Nach Ansicht von Studienleiter Rainer Brämer sind sowohl Medieneinflüsse als auch fehlende Naturerfahrungen für diesen Mangel an Kenntnissen verantwortlich. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband NRW e.V., Ripshorster Str. 306, 46117 Oberhausen
Tel. 0208 / 88318-81, Fax -83
eMail: info@sdw-nrw.de
www.sdw-nrw.de

Naturschutz kontra Erneuerbare Energien?

Windkraft nach klaren Regeln stoppt Kampagnen à la "Spiegel"

Nicht erst seit dem Spiegel-Verriss der Windenergienutzung (DRB 05.04, S. 12) ist bekannt, dass es deutschlandweit Auseinandersetzungen über den Ausbau Erneuerbarer Energien gibt. Die Naturschutzverbände stehen seit längerem im Fokus dieser Konflikte, denn nicht selten engagieren sich vor Ort Naturschutzgruppen gemeinsam mit Bürgerinitiativen gegen Windparks oder Biomassekraftwerke. So sind die Naturschutzaspekte der Erneuerbaren Energien seit geraumer Zeit auch auf den Bundesebenen der Verbände präsent. Fast könnte man den Eindruck bekommen, es ginge ein Riss durch die Umweltbewegung über die Frage, ob denn nun Klimaschutz oder Naturschutz das wichtigere Ziel ist.

Klimaschutz und Naturschutz kommen nur gemeinsam zum Ziel

Die Frage darf aber so nicht gestellt werden. Langfristig werden wir die Natur nur im stabilen Klima wirklich schützen können. Andererseits muss Klimaschutz so betrieben werden, dass der Naturhaushalt nicht übermäßig beeinträchtigt wird. Unbestritten belastet jede Energienutzungsform die Natur, das gilt auch für die Erneuerbaren. Wasserkraftanlagen können die Ökologie von Fließgewässern stören, Windkraftanlagen können die Vogelwelt beeinträchtigen, Energiepflanzenanbau kann Verluste an biologischer Vielfalt mit sich bringen. Die Betonung liegt auf dem "kann". Denn letztlich hängt der Eingriff in den Naturhaushalt immer von der genauen Ausgestaltung der Projekte ab. Windenergienutzung sollte für Naturschützer keine Frage des Standortes, sondern des Standortes sein, könnte man sagen. Reaktiviert man eine alte Wasserkraftanlage und sorgt durch geeignete Maßnahmen dafür, dass die Durchgängigkeit des Fließgewässers gleichzeitig erhöht wird, hat auch die Natur etwas davon. Und die Diskussion um den Energiepflanzenanbau bekommt eine ganz neue Dynamik, wenn man sich einmal von dem in seiner Sinnhaftigkeit zu Recht angezweifelten Rapsanbau löst und über Pflanzen diskutiert, die man extensiv, vielleicht sogar als Mischkulturen anbauen kann. ▶

Verbände haben für mehr Naturschutz im neuen EEG gesorgt

Die Naturschutzverbände haben sich zu Recht in der Diskussion über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sehr für eine stärkere Berücksichtigung von Naturschutzbelangen im Gesetz stark gemacht. Damit haben wir uns nicht überall Freunde gemacht - so mancher Energiepolitiker der Koalition war sichtlich genervt und auch Vertreter der Erneuerbaren-Branche fühlten sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Doch die Erkenntnis, dass man Gefahr läuft Entwicklungen vor die Wand zu fahren, hat sich durchgesetzt und findet ihren Niederschlag in so mancher Passage des neuen EEG. So haben sich die Naturschutzverbände mit ihren Vorstellungen für einen naturverträglichen Ausbau der Offshore-Windenergienutzung sehr weitgehend durchgesetzt. Kernpunkt ist, dass Strom aus Windparks, die in Natura-2000-Gebieten errichtet werden, zukünftig nicht mehr vergütet werden soll. Ein zweites Butendiek soll es also nicht geben. Naturschutzaspekte flossen ebenso in die Passagen zur Wasserkraft, Biomasse und Freiflächen-Photovoltaik ein.

Jetzt bei den Naturschützern vor Ort für den Klimaschutz...

Diejenigen in den Naturschutzverbänden, die die Notwendigkeit eines massiven Ausbaus aller Erneuerbaren Energien für einen wirksamen Klimaschutz erkannt haben, dürften also mit dem Ergebnis der Debatte der vergangenen Jahre zufrieden sein und können auch das EEG in seiner Gänze unterstützen. Es liegt aber eine andere wichtige Aufgabe vor ihnen, nämlich die zu überzeugen, die jene Notwendigkeit noch nicht sehen. Besonders an der Basis dürften das nicht wenige sein. Doch diese Arbeit ist wichtig, denn die Umweltszene darf sich nicht weiter in den Widerspruch verstricken, auf politischer Ebene den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu fordern und die Arbeit des Bundesumweltministers entsprechend zu unterstützen, vor Ort aber, da wo Windparks und Biomassekraftwerke entstehen, zu blockieren und protestieren. ▶

...und bei den Planern für Naturschutz und Bürgerbeteiligung werben

Doch man darf auch nicht den Fehler machen, der Basis der Umweltverbände quasi die schwindende Akzeptanz für die Erneuerbaren in die Schuhe zu schieben. Denn Überzeugungsarbeit muss auch bei anderen geleistet werden: mindestens genauso häufig wie an vielleicht mangelnder Weitsicht örtlicher Naturschützer scheitern Projekte an fehlender Sensibilität von Planern und Genehmigungsbehörden. Wer die Menschen in seine Planungen nicht einbezieht oder ihre Bedenken nicht ernst nimmt und versucht sie vor vollendete Tatsachen zu stellen, braucht sich über Ablehnung nicht zu wundern. Auf der anderen Seite gibt es gute Beispiele, wie Projekte, die anfangs umstritten waren, durch Kooperation aller Beteiligten letztlich einvernehmlich realisiert werden konnten. So etwas braucht die Energiewende, wenn sie nachhaltig Erfolg haben soll.

Der weitere Aufschwung bei den Erneuerbaren Energien hängt also nicht nur vom In-Kraft-Setzen des EEG ab. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass Windparks künftig möglichst nur noch an einvernehmlich für geeignet befundenen Standorten errichtet werden. Dann finden sich die Verbände nicht mehr im organisierten Widerstand vor Ort wieder, und die Spiegel-Kampagne gegen die Windenergie könnte auch vom letzten Naturschützer vor Ort als das entlarvt werden, was sie ist: Panikmache auf der Grundlage von Falschdarstellungen, die niemandem nützt außer RWE, Eon und Co. ■

Gastautor: Frank Musiol, NABU

- **Kontakt/Informationen**
NABU, Energieexperte Dr. Frank Musiol, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: frank.musiol@nabu.de
www.nabu.de

Naturschutzverbände erhalten mehr Kompetenzen

Gericht billigt Verbänden

Kontrollmöglichkeit im Straßenbau zu

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat den Naturschutzverbänden mehr Rechte bei der Straßenbauplanung eingeräumt. Die Verbände sollen künftig naturschutzrechtliche Ersatzmaßnahmen kontrollieren können, entschied der zuständige 9. Senat im Juni. Naturschützer dürften damit die Qualität der Ersatzflächen für wegfallende Wälder und Wiesen überprüfen. Geklagt hatte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland im Zusammenhang mit einer Ortsumgebung in Michendorf (Potsdam-Mittelmark). Nach Auffassung der Richter erreichten die Ersatzmaßnahmen jedoch nicht die Qualität der ursprünglichen Naturschutzflächen. Die Behörde müsse darum die Planungen nochmals prüfen. (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Zivildienst im Naturschutz

www.naturschutzzivi.de bietet Forum für Jugendliche und Einsatzstellen

Mit einer neuen Broschüre informiert das Bundesamt für Naturschutz (BfN) über die vielfältigen Möglichkeiten für Zivildienstleistende im Umwelt- und Naturschutz. Die Veröffentlichung und die neue Internetseite www.naturschutzzivi.de wendet sich zum Einen an junge Menschen, die sich für den Dienst an der Natur interessieren. Zum Anderen bietet sie den im Umwelt- und Naturschutz tätigen Einsatzstellen ein Forum, bundesweit ihre Zivildienstplätze vorzustellen. Jede Dienststelle wird durch einen Steckbrief vorgestellt, in dem die Einrichtung, ihre Aufgaben und ihre Personalausstattung beschrieben werden. Er enthält auch Angaben über Unterbringungsmöglichkeiten und das Verpflegungsangebot. Aus den für die Zivildienstplätze dargelegten Tätigkeitsprofilen geht hervor, welche Aufgaben auf den Bewerber zukommen. Damit wird Zivildienstleistenden ermöglicht, ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend eine Wahl zu treffen. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Fax 0228 / 8491-108, Fax -200
eMail: natur-und-gesellschaft@bfm.de
www.bfn.de

Broschüre: "Zivildienststellen im Naturschutz", BfN-Skripten Heft 104, Bonn 2004; Bezug s.o.

Internet-Forum:
www.naturschutzzivi.de

Lesenswert

Walderkrankung - Artenrückgang - Klimawandel - Bienensterben

Wolfgang Voigt vertritt die These, Honigbienen seien, neben ihrer Rolle als Honiglieferanten und Blütenbestäuber, mit jährlich durchschnittlich 15 Kilogramm sterbenden Bienen pro Volk zugleich üppigste Nahrungsquelle für Insekten fressende Lebewesen. Anhand von Literaturbeispielen und detaillierten Beobachtungen belegt der Autor seine Thesen. (ab)

Wolfgang Voigt: Walderkrankung - Artenrückgang - Klimawandel - Bienensterben, Reihe Frieling-Naturwissenschaften, 128 Seiten, Verlag Frieling & Partner, Berlin 2004, 7,80 Euro, ISBN 3-8280-2049-6
Bestell-Fax 030 / 7744103

Politische Ökologie: Wald

Die politische ökologie Nr. 89 bietet einen umfassenden Überblick über die aktuellen Debatten in der Waldpolitik. Ertragskrise in der Forstwirtschaft, Raubbau in den Tropenwäldern, Zerstörung der nördlichen Urwälder, Wettstreit der Forstlabels - diese und weitere Themen wie die Geschichte des Waldsterbens, naturnahe Jagd, Potenziale und Hemmnisse des Rohstoffs Holz und Waldkindergärten werden behandelt. (ab)

politische ökologie 89: Wald - Kampf um die Hackordnung, 80 S., 10 Euro, ISBN 3-936581-50-9; ökom Verlag, München 2004, Tel. 089 / 544184-22, Fax -49, eMail: rother@oekom.de, www.oekom.de

Stärkung des Nationalen Radverkehrsplans

Arbeitseinheit für Fahrradverkehr ins Leben gerufen

Das Bundesverkehrsministerium hat eine eigene Arbeitseinheit "Fahrradverkehr" eingerichtet, berichtete der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC). Diese sollte die Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans stärken und Kontakte mit den maßgeblichen Akteuren pflegen.

Der ADFC begrüßte die Planungen für neue Strukturen, drängt aber weiterhin darauf, eine schlagkräftige Arbeitsgruppe mit eigenem Budget einzusetzen. Man erwarte, dass das Bundesverkehrsministerium dieses Jahr allein für die Öffentlichkeitsarbeit zum Nationalen Radverkehrsplan zwei Millionen Euro effektiv einsetzt und dass die bereitgestellten 110 Millionen Euro für den Radwegbau an Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen von den Bundesländern in attraktive Radrouten umgesetzt werden, hieß es beim ADFC.

Vor allem sollte der Bund den Wissenstransfer und Tourismusprojekte wie das nationale D-Routennetz fördern, so der Fahrradclub. Mit dem vor zwei Jahren aufgelegten Plan will die Bundesregierung den Radverkehrsanteil bis zum Jahr 2012 auf rund 24 Prozent verdoppeln. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

ADFC, Grünenstr. 120, 28199 Bremen
Tel. 0421 / 34629-0, Fax -50
eMail: kontakt@adfc.de
www.adfc.de

Konzept "Bahn 21" für mehr Schienentransporte

VCD veröffentlicht umfassendes Konzept für die Zukunft der Bahn

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat Ende Mai mit der Studie "Bahn 21" ein umfassendes Konzept für die Zukunft der Schiene vorgelegt. Danach kann der Anteil der Eisenbahn am gesamten Personen- und Güterverkehr erheblich gesteigert werden. Man wolle mit der Studie einen Weg zeigen, wie die Absichtserklärungen der Politik endlich Wirklichkeit werden können, so der Verband.

"Bahn 21" zeige, wie allein durch Streckenreaktivierungen rund 5,6 Millionen potenzielle Neukunden einen Anschluss an den Schienenverkehr erhalten können, so der VCD. Durch kleinere Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie zusätzliche Haltepunkte ließe sich zudem ein Fahrplankonzept umsetzen, bei dem es dichtere Takte und flächendeckend aufeinander abgestimmte Anschlusszüge gebe.

Erschließung kleinerer Städte statt teurer Prestigeprojekte

Die derzeitige Infrastrukturplanung setze dagegen vor allem auf einzelne, teure Hochgeschwindigkeitstrassen zwischen Großstädten. Auf diesen Verbindungen halte die Bahn aber bereits einen Anteil am Personenverkehr von rund 50 Prozent. Dennoch versuchten Politik und Deutsche Bahn, den Marktanteil in diesem Segment weiter zu erhöhen. Da mehr als die Hälfte aller Fahrten jedoch in kleineren Städten mit 5.000 bis 100.000 Einwohnern beginne oder ende, müsse ein leistungsfähiges Netz eben diese Städte für den Fernverkehr erschließen. Der VCD forderte die Bundesregierung auf, Prestigeprojekte wie beispielsweise die ICE-Strecke Erfurt - Nürnberg fallen zu lassen und ihre Verkehrswegeplanung am Netzgedanken auszurichten. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

VCD-Studie "Bahn 21", Bonn 2004,
80 S. 20,- Euro; Bezug s.o.
Kostenloser Internet-Download:
www.vcd.org

Rot-Grüne Verkehrspolitik enttäuscht Bahnlobby

Allianz pro Schiene kritisiert Stolpe

"Auf ganzer Linie enttäuschend für die Schiene" - so lautet das bisherige Urteil der Allianz pro Schiene zur Verkehrspolitik der Bundesregierung in dieser Wahlperiode. Mit Ausnahme der Gleisanschlussförderung habe Rot-Grün noch nichts von den Maßnahmen zur Stärkung der Schiene umgesetzt, die in der Koalitionsvereinbarung angekündigt seien, teilte das Bündnis Anfang Juni mit.

Flugbenzinsteuern könnte Mittel für Bahnprojekte erbringen

Ein Sprecher der Allianz appellierte an Verkehrsminister Manfred Stolpe, dafür zu sorgen, dass die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wieder aufgestockt werden. Die Bundesregierung könne sich nicht mit ihren Finanznöten herausreden, denn sie bleibe auch da verkehrspolitisch untätig, wo Geld in die Kassen zu spülen wäre, wie zum Beispiel beim Abbau der Steuerbefreiungen des Flugverkehrs. An dem auch von einer breiten Öffentlichkeit nur noch mit Spott verfolgten Scheitern der LKW-Mauteinführung sei zwar vor allem das Konsortium aus DaimlerChrysler und Telekom schuld, doch habe Verkehrsminister Stolpe beim Krisenmanagement alles andere als gegläntzt. Allerdings müsse auch die Opposition den verkehrspolitischen Stillstand mitverantworten.

Für die erste Amtszeit von SPD und Grünen sei die verkehrspolitische Bilanz der Allianz pro Schiene positiv ausgefallen, doch in der zweiten Wahlperiode warte man noch auf Erfolgsmeldungen. Das Schienenbündnis verwies auf das Vorbild anderer europäischer Länder, die ihre Verkehrs- und Investitionspolitik mit klaren Prioritäten zugunsten der Schiene ausgerichtet hätten. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Allianz pro Schiene e.V., Chausseestr.
84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Neue Regeln für den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Die Bundesregierung möchte den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur, deren Überwachung sowie die Struktur der Eisenbahnen neu regeln. Ein Mitte Juni eingebrachter rot-grüner Gesetzentwurf verpflichtet öffentliche Eisenbahninfrastrukturunternehmen, insbesondere die Betreiber von Schienenwegen, anderen Unternehmen Zugang zur Eisenbahninfrastruktur zu gewähren. Mit dem Entwurf setzt die Bundesregierung drei EU-Richtlinien in nationales Recht um.

Die Bundesregierung beabsichtigt, Entscheidungen über die Trassenzuweisung oder das Wegeentgelt solchen Stellen zu übertragen, die selbst keine Eisenbahnverkehrsleistungen erbringen. Die öffentlichen Betreiber der Schienenwege sollen in ihren Entscheidungen organisatorisch und rechtlich unabhängig sein.

Trassenagentur soll Netzzugang überwachen

Um diese Unabhängigkeit sicherzustellen, müssten Eisenbahnunternehmen, die auch Bahninfrastrukturunternehmen sind, in verschiedene Gesellschaften aufgedgliedert sowie die Verträge angepasst werden. Ferner plant die Bundesregierung, eine Trassenagentur beim Eisenbahn-Bundesamt einzurichten. Diese soll den Netzzugang leichter überwachen können, da nach Meinung der Bundesregierung ein hohes Diskriminierungspotenzial der öffentlichen Betreiber der Schienenwege des Bundes besteht. Der Trassenagentur sollen alle Befugnisse der Eisenbahnaufsichtsbehörden zustehen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227-0
eMmail: mail@bundestag.de
www.bundestag.de

Gesetzentwurf 15/3280

Ökologische Prüfung von planerischen Entscheidungen

BUND nimmt Stellung zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung

Ende Mai 2004 hat das Bundesumweltministerium den Gesetzesentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie für eine Strategische Umweltprüfung (SUP-RL) vorgelegt. Gegenstand ist die Prüfung der Umweltfolgen bestimmter Pläne und Programme. Bis zum Jahresende soll das Gesetz im Bundestag verabschiedet werden. Neu an der SUP ist, dass planerische Entscheidungen, die im Vorfeld von Projektgenehmigungen getroffen werden, ökologisch untersucht werden müssen. Damit ergänzt die Strategische Umweltprüfung die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Strategische Umweltprüfung auch für den Bundesverkehrswegeplan

Der BUND begrüßte, dass im Gesetzesentwurf der Bundesverkehrswegeplan als prüfspflichtig angesehen wird und die Öffentlichkeit künftig früher in Entscheidungsprozesse einbezogen werde. Insgesamt hätte der Entwurf aber weiter greifen müssen. So hatte der BUND bisher keinen Erfolg mit der Forderung, auch "vernünftige" verkehrsplanerische Alternativen in der Linienbestimmung und bei Raumordnungsverfahren prüfen zu lassen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
BUND-Stellungnahme:
http://vorort.bund.net/verkehr/themen/themen_27/themen_66.htm

SUP-Gesetzentwurf:
www.bmu.de/de/1024/js/entwurf_supg

Gibt die SPD dem Druck von VW nach?

Antrag für schnelle Einführung von Dieselfiltern gescheitert

Der Entschließungsantrag von SPD und Grünen, sich für die schnelle Einführung des Rußfilters für Diesel-Pkw einzusetzen, ist Mitte Juni noch vor der Einbringung in den Bundestag gescheitert. Eigentlich wollten die Koalitionsfraktionen den Antrag noch vor der Sommerpause in das Parlament einbringen. Danach sollten alle, die ein Auto mit Dieselfilter kaufen oder das alte Fahrzeug umrüsten, mit einem Steuerabschlag von bis zu 600 Euro belohnt werden.

Der Antrag sei innerhalb der SPD auf zu großen Widerstand gestoßen, berichtete die "tageszeitung" am 16. Juni. Grund dafür sei die Forderung eines europaweiten Grenzwertes von 2,5 Milligramm Ruß pro gefahrenem Kilometer für 2010 gewesen. Dieser sei zwar mit Filtern erreichbar, die Peugeot oder Renault bereits einbauen, deutsche Autohersteller verfügten jedoch noch nicht über diese Technologie. Der grüne Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann sagte, Teile der SPD hätten sich durch die Ablehnung des Antrags zu "Cheffobbyisten des VW-Konzerns" machen lassen.

Wettbewerbsvorteil zu Lasten der Umwelt

Anfang Juni hatte das Aktionsbündnis "Kein Diesel ohne Filter" eine deutliche Ablehnung der Blockadehaltung von Volkswagen-Chef Bernd Pischetsrieder und eine schnelle Entscheidung des Bundestags für die steuerliche Förderung von Rußfiltern für Diesel-Pkw ab 2005 gefordert. Das Bündnis wies darauf hin, dass VW versuche, sich einen Wettbewerbsvorteil zu Lasten der Umwelt sowie der Gesundheit zu verschaffen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bündnis "Kein Diesel ohne Filter" c/o Deutsche Umwelthilfe, Jürgen Resch, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: resch@duh.de
www.duh.de

Alternative Kraftstoffe allein lösen Klimaproblem nicht

VCD fordert Effizienzstrategie

Alternative Antriebe und Kraftstoffe können nach Ansicht des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) in den nächsten 20 Jahren lediglich einen kleinen Beitrag zur Verringerung klimaschädlicher Emissionen im Verkehrsbereich leisten. Um dem drohenden Klimawandel zu begegnen, sei aber eine schnelle und massive Reduzierung des verkehrsbedingten Treibhausgasausstoßes notwendig. Der VCD hat deshalb Anfang Juni eine konsequente Effizienzstrategie für herkömmliche Antriebe gefordert.

Biodiesel bedeutet Raps-Monokultur mit hohem Chemieeinsatz

Biodiesel, der aus Raps gewonnen wird, hat laut VCD eine umstrittene Energie- und Ökobilanz, da der großflächige Anbau in Monokulturen unter hohem Düngereinsatz den Umweltvorteil schmälere. Ein größeres Energiepotential habe Biomasse, wenn die gesamte Pflanze genutzt werde. Neben Energiepflanzen biete sich dafür Holz, Gras sowie Abfälle aus Haushalt und Landwirtschaft an. Allerdings sei deren Nutzung in stationären Anlagen wie Blockheizkraftwerken zur gleichzeitigen Gewinnung von Wärme und Strom wesentlich effizienter als die Umwandlung und Verbrennung in Automotoren.

Wasserstoff nur aus regenerativen Quellen akzeptabel

Auch "Sunfuel", das die Industrie zur Zeit als Flüssigkraftstoff der Zukunft feiere, benötige einen viel zu energieaufwändigen Herstellungsprozess, bei dem Biomasse zunächst zu Biogas gemacht und anschließend verflüssigt werde. Wasserstoff als Treibstoff ist aus Sicht des VCD noch ferne Zukunftsmusik. Der habe nur dann eine gute Ökobilanz, wenn er mit regenerativen Energiequellen erzeugt werde. Das sei aber frühestens in 30, eher in 50 Jahren ökonomisch machbar. ▶

Verbrauch senken durch CO₂-Grenzwert

Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des VCD, forderte statt dessen eine Absenkung des Durchschnittsverbrauchs der bestehenden Fahrzeugflotte. Das Drei-Liter-Auto sei zwar längst Realität, auf den Straßen finde es sich jedoch allzu selten. Das Ein-Liter-Auto existiere bisher nur als Prototyp. Die Politik müsse steuernd eingreifen und unter anderem mit einem anspruchsvollen CO₂-Grenzwert von 120 Gramm pro Kilometer ab 2007 den Verbrauch massiv senken. Das entspreche rund fünf Litern auf 100 Kilometern. Zur Zeit liegt der Durchschnittsverbrauch deutscher Neufahrzeuge im Normtest noch bei fast sieben Litern. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org

VCD-Hintergrundpapier zu alternativen Antrieben und Kraftstoffen, 13 S.:
www.vcd.org

Geplante Besteuerung von Flugbenzin begrüßt

Allianz pro Schiene fordert Mehrwertsteuer auf Flüge

Das Lobbybündnis "Allianz pro Schiene" hat Anfang Juni mögliche Pläne für eine Besteuerung von Flugbenzin begrüßt. Medienberichten zufolge will Finanzminister Eichel für innerdeutsche Flüge eine Kerosinsteuer einführen, sollten im Etat 2005 weitere Lücken klaffen. Damit wäre ein Wettbewerbsnachteil der Bahnen im Vergleich zum Flugverkehr ausgeglichen, erklärte ein Sprecher des Bündnisses.

Die Bahngewerkschaft Transnet forderte zudem, die Mehrwertsteuer auf In- und Auslandsflügen einzuführen. Zugleich erinnerte die Gewerkschaft die Bundesregierung an ihre Zusage, die Mehrwertsteuer im Bahn-Fernverkehr auf sieben Prozent abzusenken. Die Bahnen, die bislang noch den vollen Satz abführen müssen, könnten diese Vergünstigung dann an die Kunden weitergeben.

Kerosinsteuer ohne Zustimmung des Bundesrates möglich

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigten, dass der Flugverkehr das Klima etwa doppelt so stark wie bisher angenommen belastet, berichtete Manfred Treber, Klimaexperte von Germanwatch. Der Flugverkehr trage mittlerweile fast 9 Prozent zum globalen Treibhauseffekt bei. Die Allianz pro Schiene wies darauf hin, dass es seit In-Kraft-Treten der europäischen Richtlinie 2003/96/EG vom 23. Oktober 2003 zur Besteuerung von Energieerzeugnissen ohne weiteres möglich sei, eine Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge einzuführen. In Deutschland sei dazu keine Zustimmung des Bundesrates erforderlich. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Allianz pro Schiene e.V., Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Rot-Grün für nachhaltigen Tourismus in der größeren EU

Chancen des Deutschland-Tourismus sollen genutzt werden

Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen hat der Tourismusausschuss des Bundestages Ende Juni einen Antrag von SPD und Grünen, die Chancen und Potenziale des Deutschlandtourismus in der erweiterten EU zu nutzen, angenommen.

In dem Koalitionsantrag wird unter anderem verlangt, dass die EU die Rahmenbedingungen für das Wachstum des europäischen Tourismus in Richtung Nachhaltigkeit gestaltet und dafür sorgt, dass die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) ihre Arbeit in den ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern intensivieren kann. Grenzübergreifende Kooperationen im Tourismus sowie grenzüberschreitende Schutzgebiete sollen von den Ländern unterstützt werden.

CDU/CSU: In Osteuropa werben für Tourismus-Standort Deutschland

Die Union, die den Antrag ablehnte, hatte sich dafür eingesetzt, die DZT finanziell und personell zu stärken, damit in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei intensiver für den Tourismusstandort Deutschland geworben werden kann. Die SPD kritisierte am Unionsantrag, dass nur mehr Geld gefordert werde. Die Mittel für die DZT seien bereits in den vergangenen Jahren deutlich erhöht worden. Die Union sprach vor allem Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Mehrwertsteuersätze in den Beitrittsstaaten sowie die unterschiedliche Besteuerung von Reiseleistungen in der EU an. Die Grünen appellierten, stärker die Chancen der Osterweiterung zu sehen als deren Risiken. (vl) ■

● Kontakt/Informationen

Deutscher Bundestag, Ausschuss für Tourismus, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227-35887, Fax -36383
eMail: tourismusausschuss@bundestag.de
www.bundestag.de

Mehr Wanderwege in Naturparks

Naturpark- und Wanderverband kooperieren

Die Präsidenten des Verbandes Deutscher Naturparke (VDN) und des Deutschen Wanderverbandes haben am Ende April eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Der Deutsche Wanderverband als Dachverband der 56 deutschen Gebirgs- und Wandervereine und der VDN als Dachverband von mehr als 90 Naturparks wollen in Zukunft effektiver für attraktive Wanderwege sowie für die nachhaltige touristische Entwicklung der Naturparke tätig werden.

Die Naturparke in Deutschland sollen gleichermaßen dem Naturschutz, der Erholung, der Förderung eines naturverträglichen Tourismus und einer nachhaltigen Regionalentwicklung sowie der Umweltbildung dienen. Es bietet sich an, das seit Jahrzehnten gewachsene ehrenamtliche Engagement der Wandervereine, insbesondere im Naturschutz und bei der Markierung von Wanderwegen, stark in die Naturpark-Arbeit einzubinden, so die Verbände.

Der Wanderverband und der Verband Deutscher Naturparke empfehlen ihren Mitgliedsvereinen, eigenständige Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. So sollen die Öffentlichkeitsarbeit und der Informationsfluss durch vereintes Auftreten sowie durch gemeinsame Wanderprogramme und Veranstaltungen vertieft werden. (vl) ■

● Kontakt/Informationen

Verband Deutscher Naturparke e.V. (VDN), Dahlmannstr. 5-7, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 921286-0, Fax -9
eMail: info@naturparke.de
www.naturparke.de

Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine e.V., Wilhelmshöher Allee 157-159, 34121 Kassel
Tel. 0561 / 93873-0, Fax -10
eMail: info@wanderverband.de
www.wanderverband.de

Lesenswert

Flächenverbrauch reduzieren: UBA-Strategiepapier

Eines der sieben "prioritären Handlungsfelder" in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Minderung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr. Wenn der Umgang mit der Fläche nachhaltig organisiert werden soll, muss die für Siedlung, Gewerbe und Verkehr neu in Anspruch genommene Fläche von 120 ha pro Tag im Durchschnitt der letzten zehn Jahre auf 30 ha im Jahre 2020 zurückgeführt werden. Neben den direkten und indirekten Umweltfolgen - wie Bodenversiegelung, Verkehrserzeugung mit Lärm, Abgasen und erhöhtem Energieverbrauch mit klimaschädlichen CO₂-Emissionen - hat die ständige Flächeninanspruchnahme auch ökonomisch und sozial bedenkliche Konsequenzen. Ein neues Strategiepapier des Umweltbundesamtes analysiert im ersten Teil die Ausgangssituation und veröffentlicht im zweiten Teil Handlungsziele und Indikatoren. Die Handlungsziele werden mit Instrumenten und Maßnahmen verknüpft und zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt. (vl)

Umweltbundesamt (Hrsg.): Strategiepapier Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr, Beiträge zur Nachhaltigen Entwicklung, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2004, 148 S., 24,80 Euro, ISBN 3 503 07852 5

■

Reformen im Wasserhaushaltsgesetz?

Vorbeugender Hochwasserschutz soll verbessert werden

Die Bundesregierung will den vorbeugenden Hochwasserschutz verbessern. In einem Gesetzentwurf (15/3168) heißt es, die extremen Überschwemmungen vom August 2002 hätten verdeutlicht, dass dieser Schutz zu den herausragenden Aufgaben des Staates gehört.

Vor allem die Forderungen, den Flüssen mehr Raum zu geben, Hochwasser dezentral zurückzuhalten und länderübergreifende Aktionspläne zu erarbeiten sollen im Wasserhaushaltsgesetz verankert werden. Daneben sieht die Regierung Änderungsbedarf im Baugesetzbuch, im Raumordnungsgesetz, im Bundeswasserstraßengesetz und im Gesetz über den Deutschen Wetterdienst.

Die Länder werden verpflichtet, flussgebietsbezogene Wasserschutzpläne aufzustellen und diese auch international abzustimmen. Um das Schadenspotenzial zu mindern, sollen die Länder die zuständigen Behörden sowie die betroffene Bevölkerung in Überschwemmungsgebieten rechtzeitig vor Hochwasser warnen, über Gefahren vorbeugend informieren und Empfehlungen zum richtigen Verhalten geben.

In den Flächennutzungsplänen sollen überschwemmungsgefährdete Gebiete vermerkt werden. Im Bundeswasserstraßengesetz will die Regierung klarstellen, dass die Unterhaltung, der Aus- und Neubau der Wasserstraßen sich nicht negativ auf den Hochwasserschutz auswirken darf.

Der Bundesrat hält in seiner Stellungnahme die Rahmenvorgaben zum Hochwasserschutz und damit zusammenhängende Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes für überflüssig und zum Teil für "nicht zielführend". ▶

SPD gibt Agrarlobby nach: Ackerbau weiter in Überschwemmungsgebieten

Außerdem hat sich die Agrarlobby erfolgreich gegen das ursprünglich geplante generelle Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten gewehrt. Statt dessen wird der Anbau in flutgefährdeten Regionen unter Auflagen erlaubt bleiben. Auf diese Linie einigten sich die Fachpolitiker von SPD und Grünen Mitte Juni bei einem Krisentreffen mit Bundesumweltminister Trittin.

Nach dem Hochwasser in Ostdeutschland im Jahr 2002 sollte der landwirtschaftlichen Anbau in Überschwemmungsgebieten nach einer Übergangsfrist komplett verboten werden. Nach den nun vereinbarten Änderungen soll es zwar beim Anbauverbot bleiben, aber nur in eng definierten Abflussflächen, um Bodenerosion und Ausschwemmung von Schadstoffen zu vermeiden.

Das reicht den Kritikern aber noch nicht. "Der Begriff Abflussbereich ist nicht ausreichend definiert", klagt Sebastian Edathy, SPD-Innenpolitiker und als Abgeordneter aus dem Weserraum einer der Wortführer. Das Bundesumweltministerium beziffert die Fläche, auf der bei Hochwasser das Wasser abläuft - und Boden samt Pestiziden abträgt - auf 18.000 bis 210.000 Hektar. Die Länder sind verpflichtet, die Flächen genau aufzulisten. Edathy verlangt nun eine gemeinsame Bund-Länder-Verordnung, die die Abflussbereiche definiert. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 30520-10, Fax -16
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Grüne Liga e.V., Bundeskontaktstelle Wasser, Michael Bender, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
eMail: wasser@grueneliga.de
www.grueneliga.de

Wasserqualität an Seen, Flüssen und Küsten

Stiftung Warentest informiert im Internet

Die Stiftung Warentest gibt mit seiner Badegewässerkarte im Internet Auskunft über die Wasserqualität an Deutschlands Seen, Flüssen und Küsten. Mehr als 400 Badestellen wurden bewertet. Grundlage sind die Messdaten von 2003, die die Gesundheitsämter in der Badesaison vor Ort ermittelt haben. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Kostenloser Internet-Download:
[www.test.de/pls/sw/SW\\$NAV.Startup?p_KNR=0&p_E1=2&p_E3=70&p_Inh=1:1181924](http://www.test.de/pls/sw/SW$NAV.Startup?p_KNR=0&p_E1=2&p_E3=70&p_Inh=1:1181924)

Sanftes Fischen: WWF eröffnet Wettbewerb

20.000 Euro für Fischereigerät zum Schutz von Schweinswal und Kabeljau

Der WWF hat einen Preis in Höhe von 20.000 Euro für die Entwicklung eines umweltschonenden und beifangarmen Fischereigeräts ausgeschrieben. Teilnahmeberechtigt ist jede/r, von professionellen Fischereigeräteherstellern über Studierende und Wissenschaftler/innen bis hin zu Amateuren.

Beifang ist in vielen Fischereien weltweit eine der größten Bedrohungen für zahlreiche marine Arten, wie zum Beispiel Wale, Delfine, Vögel oder Meeresschildkröten. Besonders bedroht ist der Ostseeschweinswal, für den Experten bereits ein bis zwei Beifänge im Jahr als bestandsgefährdend ansehen. Der internationale Wettbewerb "Smart Gear" soll zur Problemlösung beitragen.

In der Jury sitzen Fischer, Wissenschaftler und Umweltschützer, darunter Fachleute des WWF und der US-Umweltschutzorganisation CEFAS (Centre for Environment, Fisheries and Aquaculture Science), die neben dem Beifangaspekt auch Kriterien wie Kosten, Effizienz und Handhabbarkeit beurteilen werden. Nähere Informationen zum Wettbewerb erhalten Interessierte im Internet oder beim WWF. Einsendeschluss ist der 31. Dezember. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Wettbewerb "Smart Gear"
www.smartgear.org

WWF Deutschland, Fachbereich Meere und Küsten, Kirsten Andrä, Am Gütphohl 11, 28757 Bremen
Tel. 0421 / 65846-18, Fax -12
eMail: andrae@wwf.de
www.wwf.de

Gesellschaft zum Schutz der Meeres-säugetiere e.V. (GSM), Petra Deimer, Kieler Str. 2, 25451 Quickborn
Tel. 04106 / 620-601, Fax -907
eMail: info@gsm-ev.de
www.gsm-ev.de

Lesenswert

Nordsee und Wattenmeer

In 66 Artikeln, geschrieben von Experten aus dem jeweiligen Bereich, ist in diesem Buch der aktuelle Kenntnisstand zum Watt zusammengefasst worden. Damit ist es auch ein ideales Nachschlagewerk zu Nordsee und Wattenmeer. (ab)

José L. Lozán u.a. (Hrsg.): Warnsignale aus Nordsee und Wattenmeer, Wissenschaftliche Auswertungen, Hamburg 2003, 25,- Euro, ISBN 3-00-010166-7

■

Termine

Bundesweit relevante Umwelt-Termine
...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine
...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet
...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).
DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet
- www.eco-events.de
- www.energiekalender.de
- www.uvp.de/termine.html
- www.bmu.de/termine - "Konferenzen..."
- www.umweltbundesamt.de/termine/termine.htm#4
- www.nna.de
- www.umkehr.de - "Termine" (Verkehr)

Ihre Umwelt-Termine
...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Juli

10.7.-30.9., Wiesenfelden (bei Straubing)
Naturschutz-Blätter in Zeit und Traum
Bund Naturschutz Bildungswerk, Cäcilia Kiesel
Tel. 09966 / -1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

13.7., Bonn
Biodiversität in der Kulturlandschaft
Institut für Landwirtschaft und Umwelt
Tel. 0228 / 97993-25, Fax -40
ilu@fnl.de
www.fnl.de/ilu/iluindex.html

19.-24.7., Berlin
Towards carfree cities IV - Zu autofreien Städten IV
World Carfree Network, BUND u.a.
info@worldcarfree.net
www.worldcarfree.net/conference

28.7.-14.8., Deutschland-Tschechien
Tour de Natur
ADFC Thüringen e.V.
Tel. 0361 / 22517-34, Fax -46
mail@tourdenatur.net
www.tourdenatur.net

30.7.-5.8., Dresden
Globalisierungskritische Sommerakademie
Tel. 0351 / 4721360
sommerakademie@attac.de
www.attac.de

30.7.-6.8., Neustrelitz (Mecklenburg)
Eine-Erde-Camp
BUNDjugend, Astrid Goltz
Tel. 030 / 797066-10, Fax -20
latsch@bundjugend.de
www.latschlatsch.de

August

7.-15.8., Barby/Elbe (Sachsen-Anhalt)
Elbe-Saale-Camp
Grüne Liga/DNR, Michael Bender, Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

7.-13.8., Wendelsheim (Rhein Hessen)
11. Ökodorf-Festival
Ökodorf-Institut
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

September

6.-8.9., Wittenberg (Sachsen-Anhalt)
Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren
Kirchliches Forschungsheim, Pfr. Dr. Ulrich Seidel, Dipl.-Ing. Katja Geißler, Wittenberg
Tel. 03491 / 4670-90, Fax -971
forschungsheim@kfh-wb.de
www.forschungsheim.de

14.9., Frankfurt a.M.
Die neue Umweltpfprüfung
Tagung; Deutscher Städtetag, Bund Deutscher Landschaftsarchitekten
Tel. 030 / 27871-50, Fax -555
info@bdla.de

16.9.-3.10., bundesweit
Naturathlon 2004
Bundesumweltministerium (BMU); Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bonn
Tel. 0228 / 84912-80, Fax -99
info@naturathlon.de
www.naturathlon.de

20.-26.9., bundesweit
Woche der Zukunftsfähigkeit
Ufa-Fabrik/id22, Grüne Liga Berlin, Gudrun Vinzing
Tel. 030 / 443391-64, Fax -33
week@grueneliga.de
www.woche-der-zukunftsfahigkeit.de

21./22.9., Augsburg
Umweltrisiken von Nanomaterialien
Institut für Physik der Universität Augsburg, Simon Meißner
Tel. 0821 / 59830-04, Fax -02
meissner@wzu.uni-augsburg.de
www.amu-augsburg.de

22.9., bundesweit
Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten
FUSS e.V., Berlin
Tel. 030 / 4927473
info@fuss-ev.de

24.-26.9., Neuenweg (Schwarzwald)
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

29.9.-1.10., Hamburg
Unternehmens-Engagement für Umwelt und nachhaltige Entwicklung
Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management - B.A.U.M. e.V.
Tel. 040 / 490711-00, Fax -99
info@baumev.de
www.baumev.de

► **Oktober**

1./2.10., Wiesenfelden (Niederbayern)
Nachhaltigkeit zum Kochen bringen
 Bund Naturschutz Bildungswerk, Wiesenfelden
 Tel. 09966 / -1270, Fax -9020059
 bw@bund-naturschutz.de
 www.bn-bildungswerk.de

1.-3.10., Verden (bei Bremen)
Privatisierung und Umweltschutz: GATS, TRIPS, IWF und Weltbank
 Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de

5.10., Hannover
Gute fachliche Praxis der FFH-Verträglichkeitsprüfung
 Tagung; Bundesverkehrsministerium, BDLA
 Tel. 030 / 27871-50, Fax -555
 info@bdla.de
 www.bdla.de

5.-7.10., Hamburg
Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle?
 Max-Planck-Institut für Meteorologie, Dr. J. Lozan, Hamburg
 Tel. 040 / 4-28386676, Fax -304038
 lozan@uni-hamburg.de
 www.Lozan.de

6.-9.10., Potsdam
7. UVP-Kongress 2004 - Instrumente der Umweltverträglichkeitsprüfung
 UVP-Gesellschaft e.V., Dietmar Pyrlik
 Tel. 02381 / 521-29, Fax -95
 pyrlik@uvp.de
 www.uvp.de

15./16.10., Wiesenfelden (Niederbayern)
Nachhaltigkeit - eine Frage des Lebensstils?
 Bund Naturschutz Bildungswerk, Wiesenfelden
 Tel. 09966-1270, Fax -9020059
 bw@bund-naturschutz.de
 www.bn-bildungswerk.de

16.10., Freiburg/Br.
Verleihung der Deutschen Solarpreise 2004
 Eurosolar e.V., Bonn
 Tel. 0228 / 3623-73, Fax -75
 inter_office@eurosolar.org
 www.eurosolar.org

18.-22.10., Leipzig
11. Magdeburg-Seminar: Wasser in Osteuropa
 Umweltforschungszentrum (UFZ), Dr. Hildegard Feldmann, Leipzig
 Tel. 0341 / 235-2264, Fax -2782
 feldfrau@pro.ufz.de
 www.leipzig-er-kubus.de

18.-22.10., Bad Kösen (Thüringen)
Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren
 Kirchliches Forschungsheim (KFH), Ulrich Seidel, Katja Geißler, Wittenberg
 Tel. 03491 / 46709-0, Fax -71
 forschungsheim@kfh-wb.de
 www.forschungsheim.de

November

6.11., Berlin
DNR-Mitgliederversammlung
 DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn
 Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
 eMail: helga.inden-heinrich@dnr.de
 www.dnr.de

12.-14.11., Steyerberg (Niedersachsen)
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Ökodorf-Institut, Hausen
 Tel. 07673 / 887886
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

26.-28.11., Verden (bei Bremen)
Wie zukunftsfähig ist unser Stil zu leben?
 Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de
 (ab, mb) ■ ●

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

Kostenlose eMail-Newsletter und Mailinglisten

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ausgewählten ökologischen Themen senden eine Reihe von Informationsdiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu umweltfreundlicher Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher eMail-Dienste ist im Internet zugänglich. (mb)

www.janun-hannover.de/483.0.html

Grünes Forum: Umwelt-Diskussion im Internet

Interessierte und Experten können sich zu diversen Themen austauschen

Im Mai ist das "Grüne Forum", eine ökologische Diskussionsplattform im Internet, gestartet worden. Bei dem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum steht der Austausch von Meinungen und Informationen zu verschiedenen Umweltthemen im Vordergrund. Ein aktueller Blick ins Forum zeigt bei den meisten Themenbereichen noch relativ wenig Bewegung. (ab)

www.gruenes-forum.net

TV-Vorschau Natur- und Umweltfilme

Eine Vier-Wochen-Vorschau über Natur- und Umweltsendungen im Fernsehen bietet die TV-Zeitschrift Prisma auf ihrer Internetseite an. Eine Suchfunktion ermöglicht das Auffinden von Sendungen nach Titel oder Inhalt.

"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps" bietet das Informationsportal bio.de für einige Tage im Voraus. Zu jeder Sendung gibt es eine Inhaltsangabe in mehreren Sätzen. (mb)

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:
www.prisma-online.de/tv/suche.html

"Der Grüne Kanal"
www.bio.de/gruenerkanal.php4

TV-Umwelt-Serien für Kinder

Die Graslöwen
So 8.35 Uhr, ZDF

Die Hydronauten
ab 20.7.: Mo-Fr 18.15 Uhr, KI.KA
(26 Folgen)

Benny und der verzauberte Otter
Herbst 2004, KI.KA

Informationen: www.grasloewen-tv.de

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, komplette Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Für notwendige Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste mit allen Links im Internet:
www.janun-hannover.de/482.0.html

1. Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt
("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 14.00-15.00), Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 20.00-21.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>



2. Fernsehsendungen

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben
So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umweltmagazin
Di einmal im Monat, 22.15, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR)
www.hr-online.de/fs/servicenatur

Arte Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von Bäumen und Menschen)
www.arte-tv.com/emission/emission.jsp?node=-1801

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 11.10-11.35, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)
www.tivi.de/loewenzahn
(mb, ab) ■

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/dr/b, "Bisherige Ausgaben".

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe Kontakt-Angaben im Heft). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de in Berlin.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/dr/b

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/publikationen/infoservice

Gastbeiträge willkommen

Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/publikationen/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung an die oben angegebene / folgende Adresse:**